sensus

Vermögensverwaltungsvertrag
Sensus Vermögensverwaltungs-Depot

Vermögensverwaltungsvertrag Sensus Vermögensverwaltungs-Depot

zwischen

Herrn

Max Mustermann

Musterstraße 1

91234 Musterstadt

(nachstehend Auftraggeber genannt)

und

Sensus Vermögensverwaltungen GmbH

Bauerstraße 9

95615 Marktrechwitz

Telefon: +49 (0)9231 / 9526-0

Telefax: +49 (0)9231 / 9526-26

E-Mail: info@sensus-vermoegen.de

Homepage: www.sensus-vermoegen.de

(nachstehend „Verwalter“ oder „Sensus“ genannt)

Präambel:

Die Sensus ist ein Finanzdienstleistungsinstitut, das über eine Erlaubnis für die Anlagevermittlung und Abschlussvermittlung, die Anlageberatung, die Anlageverwaltung sowie die Finanzportfolioverwaltung nach § 32 des Kreditwesengesetzes verfügt. Als Wertpapiernebenendienstleistung wird die Finanzanalyse durchgeführt. Die zuständige Aufsichtsbehörde ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“), Lurgiallee 12, 60349 Frankfurt am Main, Homepage: www.bafin.de.

Mit Abschluss dieses Vertrages beauftragt der Kunde die Sensus mit der Verwaltung von Vermögenswerten. Der Vertragsbeginn erfolgt mit der Unterzeichnung dieser Vereinbarung durch den Kunden und die Annahme durch die Sensus. Die Annahme durch die Sensus kann aber muss nicht ausdrücklich erfolgen, sondern kann auch durch den Beginn der Tätigkeit erfolgen.

Es werden folgende Bestimmungen vereinbart:

1. Beauftragung und Vollmachten:

Im Rahmen der Verwaltung ist der Verwalter berechtigt, über das Wertpapier-Depot und das Verrechnungskonto bei Cortal Consors S.A. zur Verfügung gestellte Konto-Guthaben des Auftraggebers, aber auch in Bezug auf andere Konten und Vermögenswerte, die der Verwaltung nach dieser Vereinbarung unterliegen sollen, nach seinem Ermessen innerhalb der vereinbarten Anlagerichtlinien zu verfügen. Er ist berechtigt, alle Maßnahmen durchzuführen, die ihm im Zusammenhang mit der Verwaltung zweckmäßig erscheinen.

Bei Erfüllung seiner Aufgaben aus diesem Vertrag ist der Verwalter berechtigt, sich der Dienste Dritter (z. B. Kreditinstitute oder sonstige Abwicklungspartner) zu bedienen. Die Vollmacht dazu wird mit diesem Vertrag erteilt. § 181 BGB findet keine Anwendung. Der Verwalter kann Untervollmachten erteilen. Die Bevollmächtigung des Verwalters umfasst nicht den Zugriff über das Treffen von Anlageentscheidungen hinaus.

2. Allgemeine Bestimmungen zu Geschäftssprache, Kommunikation:

Die Geschäftssprache ist Deutsch. Der Kunde kann sich mit dem Verwalter über die angegebenen Kommunikationsmittel in Verbindung setzen. Sofern der Kunde eine E-Mail Adresse angibt, kann der Verwalter davon ausgehen, dass der Auftraggeber über einen Zugang zum Internet verfügt. Er kann ihm daher bestimmte generelle Informationen auch über seine Homepage zur Kenntnis bringen und ihm Informationen per E-Mail zur Verfügung stellen.

3. Eigenaufträge des Auftraggebers:

Der Auftraggeber wird während der Laufzeit des Vertrages über seine oben aufgeführten Depots und Konten nur im Einvernehmen mit dem Verwalter verfügen.

4. Keine Pflicht zur Beachtung steuerlicher Hintergründe:

In Anbetracht der Vielzahl der möglicherweise auftretenden Probleme kann der Verwalter bei seinen Dispositionen nicht die steuerlichen Umstände des Auftraggebers beachten.

5. Berichtspflichten, Prüfungspflicht:

5.1. Der Auftraggeber erhält Ausführungsbestätigungen und Kontenübersichten von dem kontenführenden Institut. Sofern vereinbart, kann der Auftraggeber auch elektronisch Konteneinsicht nehmen. Die Kontenübersichten enthalten die Zusammensetzung des Depots und die Bewertung der jeweiligen Positionen.

5.2. Der Kunde erhält jeweils halbjährlich zum 30.06. bzw. 31.12. eines Jahres einen Performancebericht sowie eine Aufstellung des Gesamtbetrages der im Berichtszeitraum angefallenen Gebühren und Entgelte, aufgeschlüsselt in Gesamtverwaltungsgebühren und Gesamtkosten die in Zusammenhang mit der Portfolioverwaltung angefallen sind. Auf Anfrage erhält der Kunde eine detaillierte Aufschlüsselung. Die Berichterstattung kann auf Antrag des Kunden auch vierteljährlich erfolgen. Der

Kunde erhält ebenfalls einen Vergleich der Wertentwicklung des Depots mit dem vereinbarten Vergleichsmaßstab (Benchmark) und eine Übersicht über die in seinem Depot bestehenden Positionen und deren Bewertung. Die Sensus kann dem Kunden nach ihrem Ermessen auch Berichte für kürzere Zeiträume freiwillig zur Verfügung stellen.

- 5.3. Der Anleger hat etwaige Rügen und Einwendungen innerhalb von zehn Werktagen nach Zugang der Auszüge über sein Konto von dem kontenführenden Institut, der Depotaufstellungen der Sensus oder anderer mit der Tätigkeit der Sensus verbundenen Unterlagen zu erheben, ansonsten gelten die Unterlagen auch gegenüber der Sensus als genehmigt.

6. Schwellenwert:

Sollten die durch die Sensus verwalteten Mittel in ihrem Wert, bezogen auf den Stand im letzten turnusmäßigen Bericht („Bezugswert“), folgende Verlustgrenzen („Schwellenwert“) überschreiten, wird die Sensus den Kunden umgehend informieren. Bei der Ermittlung der Bemessensgrundlage und der Feststellung von Verlusten können Entnahmen und Einzahlungen entsprechend berücksichtigt werden. Diese Schwellenwerte unterscheiden sich bei den jeweiligen Strategien.

Sensus Strategie	Benachrichtigung bei Verlust in Höhe des nachfolgenden Prozentsatzes bezogen auf Bezugswert
Sensus VV-Depot „Konservativ“	10,00 %
Sensus VV-Depot „Ausgewogen“	17,50 %
Sensus VV-Depot „Dynamisch“	25,00 %

Eine Überschreitung des Schwellenwertes liegt vor, wenn am Ende des Börsentages das Depot einen Verlust aufweist, der im Vergleich mit dem Bezugswert über dem Schwellenwert liegt. Bei Überschreitung der Schwellenwerte wird die Sensus den Kunden umgehend informieren und mit ihm die weitere Vorgehensweise besprechen. Die Sensus wird bis zur Klärung keine neuen risikohöhernden Geschäfte in dem Depot durchführen. Die Sensus ist nicht verpflichtet, Verkäufe durchzuführen. Mit der Information ist keine Beschränkung der Risiken in den bestehenden Positionen verbunden.

7. Kündigung:

Jede Vertragspartei kann diesen Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung durch eingeschriebenen Brief kündigen. Bei mehreren Auftraggebern steht das Kündigungsrecht jedem einzelnen mit Wirkung gegen alle zu.

8. Fortdauer des Vertrages:

Dieser Vertrag bleibt auch nach dem Tod des Auftraggebers wirksam. Sind mehrere Erben oder Testaments-Vollstrecker vorhanden, so ist der Verwalter lediglich verpflichtet, den Schriftverkehr mit einem auf Verlangen des Verwalters zu benennenden Bevollmächtigten der Erben oder Testamentsvollstrecker zu führen.

9. Vergütung – Zuwendungen (Einverständnis mit Verbleib von Rückvergütungen beim Verwalter):

- 9.1. Die Sensus erhält für ihre Tätigkeit folgende Vergütungen:

- Agio, Bearbeitungs-/Einrichtungsgebühr
- Gewinnbeteiligung
- Managementfee / Verwaltungsvergütung
- Provisionen

Agio, Bearbeitungs-/Einrichtungsgebühr: In Zusammenhang mit der Vermittlung und Einrichtung des Vermögensverwaltungs-Depots erhebt die Sensus ein einmaliges Agio in Höhe von 5 % sowie eine einmalige Bearbeitungs-/Einrichtungsgebühr in Höhe von 2 % der Einzahlungssumme sowie weiterer durch den Kunden getätigter Zahlungen. Diese wird mit entsprechenden Mittelzufluss fällig und den im Rahmen der Vermögensverwaltung überlassenen Vermögenswerten (Verrechnungskonto) des Auftraggebers belastet.

Gewinnbeteiligung: Die Sensus erhält eine Gewinnbeteiligung in Höhe von 10 % der in den verwalteten Vermögenswerten erzielten Gewinne. Diese Gewinnbetei-

ligung wird auf Quartalsbasis berechnet. Dabei wird der von den kontenführenden Instituten ausgewiesene Kontenstand zugrunde gelegt und Ein- und Auszahlungen entsprechend berücksichtigt. Offene Positionen werden mit ihrem Buchwert angesetzt. Die Berechnung einer Gewinnbeteiligung erfolgt Spitze auf Spitze, Verluste werden vorgetragen.

Managementfee / Verwaltungsvergütung: Für die Verwaltung erhält die Sensus Vermögensverwaltungen GmbH eine Management-Gebühr i. H. v. 1,75 % p. a., welche vierteljährlich auf den festgestellten (Netto-)Depot- / Kontenwert zum jeweiligen Bewertungsstichtag am Quartalsende (31.03., 30.06., 30.09. sowie 31.12. jeden Kalenderjahres) erhoben wird. Diese Vergütung wird dem Kontenguthaben des Auftraggebers belastet.

Provisionen und Rückvergütungen/Zuwendungen, Interessenkonflikte: Bei vermittelten Umsätzen in Investmentfonds oder sonstigen, auch nicht regulierten Fonds (z. B. Offshore-Funds), erhält die Sensus ggf. eine einmalige Vermittlungsvergütung sowie eine laufende Bestandsprovision von der Fondsgesellschaft. Die Sensus ist bei den vermittelten Fondsanlagen in erheblichen Umfang auch als Fondssadviser bzw. Portfolioverwalter tätig. Für diese Tätigkeit erhält sie zu Lasten des verwalteten Fondsvermögens eine Vergütung entsprechend der in den Fondsbedingungen festgesetzten Höhe. Hieraus kann eine Interessenkollision in der Weise entstehen, dass die Sensus ausschließlich in Anlagen und Fonds investiert, bei der sie auch selbst als Portfolioverwalter tätig ist. Einzelheiten erläutern wir gerne auf Nachfrage.

Bei den v. g. Vergütungsbestandteilen handelt es sich damit um Zuwendungen oder Vergütungen von Dritten, da sie dem Kunden nicht direkt von der Sensus belastet werden.

Sachzuwendungen: Einige Produktpartner unterstützen die Sensus mit Sachleistungen, wie zum Beispiel Schulungen, Unterlagen, Finanzanalysen oder ähnlichem. Der Umfang und Wert solcher Sachleistungen variiert sehr stark und lässt sich, gerade im Verhältnis zu einzelnen Kunden, kaum beziffern. Er ist jedoch im Verhältnis zu dem von der Sensus verwalteten Vermögen gering.

Vergütung bei anderen Geschäftsarten: Für andere Geschäftsarten gilt ergänzend die Gehrentabelle der Sensus.

- 9.2. Hinweis auf die Erhebung von Vergütungen in Form einer Rückvergütung – Einverständnis mit dem Verbleib bei der Sensus:

Wie in Punkt 9.1. ausgeführt, erhält die Sensus ggf. von Initiatoren von Vermögensanlagen bzw. Fondsgesellschaften Provisionen in Form von Vermittlungs-/Bestandsprovisionen sowie Vergütungen im Rahmen der Portfolioverwaltung gemanagter Fondsvermögen gezahlt. Der Auftraggeber ist damit einverstanden, dass diese Zahlungen entgegen der gesetzlichen Regelung (§667 BGB) bei dem Verwalter als Vergütung verbleiben sollen und nicht an den Auftraggeber auszukehren sind. Dieser Verzicht auf Auskehrung von Provisionen soll auch für andere Rückvergütungen/Zuwendungen des Verwalters gelten. Die Sensus nimmt hiermit diese Verzichtserklärung des Kunden an.

- 9.3. Die Sensus geht aber davon aus, dass die Zuwendungen von Dritten die Qualität der Dienstleistung der Sensus erhöhen. Sie ermöglichen zum Teil erst die Dienstleistung der Sensus und diese zu den angebotenen Konditionen anzubieten, da ansonsten diese Vergütungen vom Kunden direkt gezahlt werden müssten. Sie finanzieren auch die Tätigkeit der Sensus, wie Marktbeobachtungen, Kundeninformationen etc. Wir sind daher der Auffassung, dass die Zuwendungen die Qualität unserer Dienstleistung verbessern. Einzelheiten erläutern wir auf Nachfrage.

- 9.4. Die Vertragsparteien gehen zum aktuellen Zeitpunkt davon aus, dass die Vergütungsbestandteile aus dem Vermögensverwaltungsmandat umsatzsteuerfrei sind. Sollten auf Grund gesetzlicher Regelungen die genannten Entgelte/Provisionen dennoch der Umsatzsteuer unterliegen, so gilt, dass die geleisteten Zahlungen den Nettobetrag darstellen und die Umsatzsteuer nicht enthalten ist und zusätzlich geschuldet wird.

- 9.5. Die Sensus kann Teile ihrer Vergütung an Dritte (Vermittler etc.) weitergeben.

- 9.6. Einschaltete Banken (z. B. das kontenführende Institut) oder andere Finanzdienstleister können im Rahmen ihrer Tätigkeit eigene Vergütungen gemäß ihrem Preisverzeichnis erheben, die gesondert belastet werden.

10. Grundsätze der Auftragsausführung – Bestmögliche Ausführung:

10.1. Diese Grundsätze erfassen die Durchführung von Aufträgen, die der Kunde der Sensus zum Erwerb oder Verkauf von Finanzinstrumenten erteilt.

10.2. Die Sensus arbeitet im Rahmen der Anlage- und Abschlussvermittlung und der Finanzportfolioverwaltung nur mit ausgewählten kontenführenden Instituten zusammen. Diese führen die Aufträge nach den für sie geltenden Ausführungsbestimmungen aus. Die Sensus geht aufgrund ihrer Einschätzung davon aus, dass die Durchführung der Aufträge über das jeweilige kontenführende Institut unter Berücksichtigung aller Faktoren in der Regel für den Kunden zu einer bestmöglichen Ausführung führt. Hier werden nicht nur der Preis der Dienstleistung des kontenführenden Institutes, sondern auch die Möglichkeiten und Gegebenheiten des Geschäftsumfanges und der Ausführungen berücksichtigt. Die Sensus wird jedoch jährlich überprüfen, ob bei den kontenführenden Instituten die Voraussetzungen einer bestmöglichen Ausführung weiter gegeben sind. Zudem wird sie eine Überprüfung vornehmen, wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass wesentliche der Auswahl zu Grunde liegende Kriterien in Bezug auf das ausgewählte Wertpapierdienstleistungsunternehmen keine Gültigkeit mehr besitzen. Über Änderungen wird die Sensus den Kunden informieren.

10.3. Die Aufträge des Kunden werden an das kontenführende Institut des Kunden zur Ausführung weitergeleitet bzw. im Falle der Portfolioverwaltung erteilt. Das kontenführende Institut wird dann die Aufträge gemäß der dort festgelegten Ausführungsregeln ausführen. Aufträge können dabei meist an verschiedenen Ausführungsorten und in unterschiedlicher Art und Weise (z. B. Festpreis oder Finanzkommissionsgeschäft) durchgeführt werden.

10.4. Der Kunde kann dem Verwalter eine bestimmte Weisung bezüglich des kontenführenden Institutes erteilen. Der Kunde kann auch zur Durchführung eines Auftrages bestimmte Weisungen erteilen, die dann beachtet werden müssen und den allgemeinen Ausführungsgrundsätzen vorgehen. Im Falle einer Kundenweisung ist jedoch eine Ausführung nicht gemäß den jeweiligen Grundsätzen zur bestmöglichen Ausführung gewährleistet.

10.5. Die Sensus kann Kauf- oder Verkaufsaufträge mehrerer Kunden in gleichen Anlagefonds oder Finanzinstrumenten bündeln und als sogenannte zusammengelegte Aufträge („Blockaufträge“) ausführen lassen. Die Ausführung erfolgt dann entsprechend den diesbezüglichen Regelungen. Eine solche Zusammenlegung wird die Sensus insbesondere vornehmen, wenn dies aufgrund der gesamten Gegebenheiten im Interesse der Kunden sinnvoll erscheint und nicht zu einer erheblichen Benachteiligung einzelner Kunden führen wird. Es wird aber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Zusammenlegung für einen einzelnen Auftrag zu Nachteilen führen kann.

10.6. Die Sensus wird entsprechend der vereinbarten Anlagerichtlinien Fondsanteile direkt bei den jeweiligen Fondsgesellschaften bzw. Depotbanken kaufen bzw. verkaufen. Die Abwicklung der Geschäfte erfolgt über das kontenführende Kreditinstitut (Cortal Consors S.A.).

11. Informationen über den Umgang mit Interessenkonflikten:

11.1. Interessenkonflikte lassen sich insbesondere bei einem Finanzdienstleistungsunternehmen, das für seine Kunden eine Vielzahl von Wertpapierdienstleistungen erbringt, nicht immer ausschließen. In Übereinstimmung mit den Vorgaben der Finanzmarktrichtlinie MiFID informieren wir Sie daher nachfolgend über unsere Vorkehrungen zum Umgang mit diesen Interessenkonflikten.

11.2. Der Geschäftsablauf und angebotene Vermögensanlagen und Dienstleistungen werden auf mögliche Interessenkonflikte überprüft und diese festgehalten. Diese können z. B. sein:

- Das eigene Umsatzinteresse der Sensus
- Der Erhalt von Vergütungen und Zuwendungen von Dritten im Zusammenhang mit der Dienstleistung (z. B. Vertriebsprovisionen, Bestandsprovisionen, andere Geldwerte Vorteile)
- Auf den Erfolg oder vermittelten Umsatz bezogene Vergütungen von Mitarbeitern oder anderer von der Sensus eingeschalteter Personen
- Aus anderer Geschäftstätigkeit der Sensus
- Aus Beziehungen der Sensus mit Emittenten oder Anbietern
- Erstellung von Finanzanalysen

- Erlangung von nicht öffentlichen Informationen
- Persönliche Beziehungen mit den Anbietern und kontenführenden Instituten
- Halten eigener Positionen in diesem Wert.

Eine Kollision von Interessen kann im Geschäftsleben und in der Beziehung zum Kunden nicht von vorneherein ausgeschlossen werden. Die Sensus ist bestrebt, die Interessenkonflikte zu erkennen, zu vermeiden und Prozedere aufzustellen und durchzuführen, die verhindern sollen, dass Interessenkonflikte zu Nachteilen für den Kunden führen.

11.3. Die Sensus führt insbesondere folgende Maßnahmen durch:

- Erstellung von organisatorischen Verfahren zum Erkennen und zur Vermeidung von Interessenkonflikten
- Schaffung von organisatorischen Maßnahmen zum Schutze der Kundeninteressen
- Regelungen über Zuwendungen
- Transparenz in der Kostenstruktur
- Schulung der Mitarbeiter
- Offenlegung nicht vermeidbarer Interessenkonflikte

Identifizierte mögliche Interessenkonflikte werden den betroffenen Kunden mitgeteilt. Dies erfolgt ggf. schon vor Aufnahme der Geschäftsbeziehung. Das Bestehen von Interessenkonflikten und die Einhaltung der Richtlinien wird regelmäßig überprüft. Die Tätigkeit von Mitarbeitern wird dahin gehend überprüft, ob sich bei ihrer Tätigkeit Interessenkonflikte ausgewirkt haben. Sofern dies der Fall ist, werden entsprechende Maßnahmen getroffen. Der Komplex Interessenkonflikte ist Teil der Mitarbeiterschulungen.

12. Anlagerichtlinien/Benchmark:

Die Anlagerichtlinien sowie die zum Performance-Vergleich zugrunde gelegte Benchmark werden in der Anlage 1 zu diesem Vertrag vereinbart.

13. Keine Erfolgsgarantie, Haftungsbeschränkung, Haftung und Mitarbeiterbefugnisse, Handeln durch gebundene Agenten:

13.1. Der Verwalter wird mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes vorgehen. Ein bestimmter Geschäftserfolg ist nicht geschuldet. Die Haftung der Sensus für einen bestimmten Geschäftserfolg ist ausgeschlossen. Eine Gewährleistung oder Zusicherung eines erstrebten Erfolges wird nicht gegeben. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass dies auch bei der Verwendung eines der angebotenen Anlagemodelle der Fall ist. Keines der Anlagemodelle kann bestimmte Erträge garantieren oder Verluste ausschließen.

13.2. Die Sensus und deren Mitarbeiter und/oder eingeschaltete Finanzdienstleister haften bei der Ausübung ihrer Tätigkeit nur für grobe Fahrlässigkeit und Vorsatz. Im Falle leichter Fahrlässigkeit wird nur bei der Verletzung wesentlicher Vertragspflichten gehaftet.

13.3. Mitarbeiter der Sensus und/oder eingeschaltete Finanzdienstleister sind nicht autorisiert, etwaige Gewinngarantien oder Zusagen von Verlustbegrenzungen zu geben. Sie sind auch nicht befugt, von dem schriftlichen Informationsmaterial abweichende Aussagen oder Versprechungen zu machen. In derartigen Fällen hat der Kunde die Geschäftsleitung der Sensus umgehend zu benachrichtigen.

13.4. Die Sensus haftet im Rahmen der Ausführung der Geschäfte nur für die ordnungsgemäße Vermittlung der Aufträge des Kunden bzw. Erteilung der Aufträge an das kontenführende Institut. Die Marktausführung der Aufträge ist allein Angelegenheit des kontenführenden Instituts. Verzögerungen und Störungen bei der Durchführung des Auftrages, die auf Ursachen im Bereich Dritter beruhen, sind der Sensus nicht zurechenbar und können nicht zu einer Haftung führen. Die Sensus haftet insbesondere nicht für Störungen oder Unterbrechungen bei der Ausführung des Auftrages durch jegliche Form höherer Gewalt oder anderer von Dritten verursachten Gründen.

13.5. Die Sensus wird, außer der ihr geschuldeten vertraglichen Vergütung, keine Zahlungen des Kunden oder für den Kunden entgegennehmen. Auch Mitarbeiter der Sensus und/oder andere eingeschaltete Finanzdienstleister sind nicht zur Entgegennahme von Zahlungen für ein Kundenkonto beim kontenführenden Broker berechtigt. Zahlungen für ein Kundenkonto sind nur an das kontenführende Institut direkt zu leisten.

13.6. Die Sensus kann mit sogenannten gebundenen Agenten nach § 2 Abs. 10 KWG zusammenarbeiten. Wenn ein solcher gebundener Agent gegenüber dem Kunden auftritt, wird er den Kunden auf die Haftungsübernahme durch die Sensus hinweisen. Insofern ein Agent, für den die Sensus die aufsichtsrechtliche Haftung nach § 2 Abs. 10 KWG übernommen hat, Anlage- und Abschlussvermittlungen und die Anlageberatung erbringt und dabei etwaige Pflichtverletzungen vorkommen, ist der gebundene Agent wie ein Mitarbeiter der Sensus zu behandeln und der Kunde besitzt einen unmittelbaren zivilrechtlichen Anspruch gegen die Sensus.

14. Zugehörigkeit zur EdW:

14.1. Die Sensus gehört der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), Postfach 040347, 10062 Berlin an. Die EdW ist eine durch das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz vom 16. Juli 1998 geschaffene Einrichtung zur Sicherung der Ansprüche von Anlegern, die im öffentlichen Auftrag die Entschädigung von Anlegern nach dem genannten Gesetz vornimmt und Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften bis zu 90% ihres Wertes, maximal jedoch jeweils 20.000 EURO pro Gläubiger schützt.

14.2. Der Entschädigungsanspruch besteht nicht, soweit Gelder nicht auf die Währung eines Staates des Europäischen Wirtschaftsraumes oder auf EURO lauten. Von der Sensus ausgegebene Inhaber- und Orderschuldverschreibungen sowie Verbindlichkeiten aus eigenen Wechseln werden von der EdW nicht geschützt. Auch Ansprüche auf Schadensersatz aus Beratungsfehlern sind nicht abgedeckt.

14.3. Soweit die Entschädigungseinrichtung oder ein von ihr Beauftragter Zahlungen an einen Kunden leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Sensus in entsprechender Höhe Zug um Zug auf die Entschädigungseinrichtung über. Entsprechendes gilt, wenn die Entschädigungseinrichtung die Zahlungen mangels Weisung eines Kunden auf ein Konto leitet, das zu seinen Gunsten eröffnet wird. Die Sensus ist befugt, der Entschädigungseinrichtung oder einem von ihr Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

14.4. Nicht geschützt sind Anleger, wie beispielsweise Kreditinstitute und Finanzdienstleister, Versicherungsunternehmen, mittlere und große Kapitalgesellschaften sowie Unternehmen der öffentlichen Hand.

14.5. Im Ergebnis greift damit die EdW in Bezug auf die Sensus nur im Ausnahmefall ein, wenn wir in Überschreitung unserer Erlaubnis Kundengelder selbst entgegennehmen würden, da wir selbst nicht Kundengelder halten. Hinsichtlich der kontenführenden Institute bestehen eigene Entschädigungseinrichtungen.

15. Datenschutz, Weitergabe von personenbezogenen Daten:

Der Kunde willigt ein, dass der Verwalter die im Rahmen der Geschäftsbeziehung bekannt gewordenen Daten des Kunden elektronisch erfasst und im Rahmen der Geschäftsbeziehung benutzt. Die Daten werden dabei soweit erforderlich zusammengefasst und elektronisch verarbeitet. Die Daten werden an Dritte nur unter Wahrung der Vertraulichkeit der Daten weitergegeben, sofern dies im Rahmen der Geschäftsbeziehung erforderlich ist. Die Daten dürfen insbesondere an Errichtung des Transaktionskontos und zur Abwicklung der Geschäfte an andere Finanzdienstleister weitergegeben werden.

16. Telefonmitschnitt:

Der Kunde ist einverstanden, dass Telefonate zwischen dem Verwalter und ihm zu Beweis Zwecken mitgeschnitten werden können. Dies begründet keine Verpflichtung zum Mitschnitt und zur Aufbewahrung der Aufzeichnungen.

17. Risikohinweise:

17.1. Alle Vermögensanlagen und Anlagestrategien unterliegen einem Risiko. Auch in als konservativ oder sicher eingestuften Anlagen können bei Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Finanzkrise) oder bei Änderungen des Emittenten Verluste und Kursschwankungen eintreten. Andere Anlagen unterliegen von vorneherein erheblichen Risiken und Schwankungsmöglichkeiten, hin bis zum Totalverlust (z. B. Termingeschäfte, Aktienanlagen, unternehmerische Anlagen etc.). Termingeschäfte sind hochspekulativ und haben erhebliche Risiken. Bei Aktienanlagen und Beteiligungen handelt es sich um ein unternehmerisches Risiko. Bei Börsengeschäften aber auch Investmentfonds bestehen immer Verlustrisiken, sie sind spekulativ.

17.2. Bei der Anlage in Fonds – wie im Rahmen der Anlagerichtlinien vereinbart – bestehen im Grundsatz immer auch die Risiken, die die Vermögensanlagen haben, in die der Fonds investiert. Je risikoreicher die Anlagestrategie ist, desto höher können die zu erwartenden Schwankungen und auch möglichen Verluste sein. Fonds unterliegen ebenfalls den Risiken und der Entwicklung der Bereiche, in die sie investieren. Sie sind nicht mit einer risikolosen Anlage gleichzusetzen, sondern ihre Risiken entsprechen denen der Märkte und Finanzinstrumente oder Anlagen, in die sie investieren. Sie unterliegen daher auch dem Risiko sinkender Anteilspreise, wenn sich die Bereiche, in die sie investieren, negativ entwickeln und zu hohen Verlusten führen. Es können daher auch Substanzverluste eintreten. Dies kann auch durch eine Streuung des Fondsvermögens nicht ausgeschlossen werden. Das Risiko erhöht sich hier mit zunehmender Spezialisierung des Fonds.

17.3. Liquiditätsrisiko: Auch bei börsennotierten Anlagen kann es, gerade bei engen Märkten in denen nur geringe Volumen gehandelt werden, möglich sein, dass Anlagen nicht oder nur zu erheblichen Abschlägen wieder verkauft werden können. Auch bei Fonds besteht das Risiko, dass Fondsgesellschaften einen Fonds auflösen oder die Rücknahme von Fondsanteilen einstellen. Es können auch die Anlagen der Fonds selbst gewissen Bindungsfristen unterliegen, so dass Fonds, selbst wenn entsprechende Vermögenswerte vorhanden sind, zeitweise nicht liquide sein können. Der Anleger muss daher damit rechnen, dass er nicht immer zu dem Zeitpunkt und unter den Bedingungen eine Anlage verkaufen kann, wie er wünscht.

17.4. Anlagen in Termingeschäften, auch wenn diese in Fondsanlagen enthalten sind, sind hochspekulativ und können in kürzester Zeit zum Totalverlust der eingesetzten Mittel führen. Aufgrund der begrenzten Laufzeit tritt hier auch ein Verlust möglicherweise schon mit Ablauf des Termingeschäftes ein, Verlustphasen können nicht „ausgesessen“ werden.

17.5. Anlagen in Aktien, auch wenn diese in Fondsanlagen enthalten sind, sind unternehmerische Beteiligungen. Sie können erhebliche Verluste bis hin zum Totalverlust im Falle der Insolvenz des Unternehmens erleiden. Aktienkurse unterliegen zum Teil erheblichen Schwankungen.

17.6. Bonitätsrisiko: Bei Anleihen und Schuldverschreibungen, auch als Investmentgegenstand eines Fonds, besteht die Gefahr, dass der Begeber der Anleihe oder Schuldverschreibung insolvent wird und ausfällt (Emittentenrisiko). Anleihen können auch erheblich im Wert schwanken und in ihrer Rückzahlung oder bei Zahlung von Dividenden ausgesetzt werden. Sofern bei Devisengeschäften das kontenführende Institut die Gegenposition zu dem Kunden einnimmt, besteht hier auch das Risiko der Insolvenz des kontenführenden Institutes. In diesem Fall kann der Anleger ebenfalls eventuelle Gewinne im Extremfall nicht realisieren (Risiko der Gegenpartei).

17.7. Die Risiken der Geschäfte können nicht durch die Einschaltung eines Verwalters oder die Verwendung von Handelssystemen oder Anlagestrategien ausgeschlossen werden.

17.8. Die Verwaltung beschränkt sich auf die Vermögensanlage in Anlageinstrumente und Fonds, die im Rahmen der Anlagestrategie festgelegt wurden. Eine Vermögensanlage in andere Werte wird nicht geschuldet, sofern nicht etwas anderes ausdrücklich vereinbart wurde. Im Rahmen der Verwaltung kann sich die Durchführung auf bestimmte Anlagegeschäfte konzentrieren, sodass dann keine oder nur eine geringe Diversifikation in dem Portfolio stattfindet. Der Verwalter kann ohne Rücksprache mit dem Kunden Anlageentscheidungen treffen, die der Kunde gegen sich gelten lassen muss, auch wenn sie gegen interne Vorgaben verstoßen.

17.9. Kostenrisiko: Die Kosten, die im Zusammenhang mit den Geschäften anfallen, haben negative Auswirkungen auf die Chancen der Geschäfte. Sie müssen immer zuerst verdient werden, bevor ein Gewinn erzielt werden kann.

17.10. Risiken aus Rückvergütungen und Zuwendungen: Bei Rückvergütungen und Zuwendungen an die Sensus besteht eine Interessenkollision der Sensus mit den Interessen des Kunden. Die Sensus kann zum Beispiel den Kunden ein Anlageprodukt eines bestimmten Emittenten oder einer Fondsgesellschaft vermitteln oder deren Angebote besonders berücksichtigen, die Rückvergütungen oder Zuwendungen an Sensus zahlen, obwohl ein anderes Anlageprodukt oder ein anderer Anbieter an sich besser den Interessen des Kunden dienen würde und für ihn sinnvoller wären.

17.11. Risiken bei umsatzabhängigen Vergütungen: Bei umsatzabhängigen Vergütungen besteht das Risiko der Provisionsschinderei („Churning“). Der Verwalter oder Fondsadvisor tätig allein im Provisionsinteresse möglichst viele Geschäfte, um Provisionen zu erhalten, obwohl dies nicht im wirtschaftlichen Interesse des Kunden liegt.

18. Änderungen/Anpassungen:

Die allgemeinen Geschäftsbedingungen dieses Vertrages können von der Sensus mit zukünftiger Wirkung einseitig geändert und ergänzt werden. Diese Änderungen werden dem Auftraggeber schriftlich bekannt gegeben. Hat der Auftraggeber mit der Sensus einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart, kann die Änderung auch auf diesem Wege mitgeteilt werden, sofern die Art der Übermittlung es dem Auftraggeber ermöglicht, die Änderungen auszudrucken oder in lesbarer Form zu speichern. Die Änderungen und Ergänzungen gelten als genehmigt, wenn der Auftraggeber nicht schriftlich oder auf dem vereinbarten elektronischen Weg Widerspruch einlegt. Der Widerspruch muss durch den Auftraggeber innerhalb von sechs Wochen nach Bekanntgabe der Änderung(en) an die Sensus abgesendet werden.

19. Mitteilungen, Schriftform, Rechtswahl, Abtretungsverbot:

19.1. Einfache Mitteilungen des Verwalters, die an die letzte vom Kunden der Sensus schriftlich angegebene Adresse versandt wurden, gelten dem Kunden als innerhalb der gewöhnlichen Postlaufzeit zugegangen. Als gewöhnliche Postlaufzeit wird ein Zeitraum von maximal fünf Werktagen vereinbart.

19.2. Diese Vereinbarung enthält mit ihren Anlagen alle getroffenen Vereinbarungen. Für Nebenabreden ist Schriftform zu wahren. Dies gilt auch für das Abgehen von der Schriftform. Die Schriftformerfordernis gilt auch durch Telex, Telefax oder Telegramm als gewahrt.

19.3. Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht. Gerichtsstand ist – soweit zulässig – der Sitz des Verwalters.

19.4. Abtretung, Veräußerung, Übertragung und Verpfändung der Rechte des Kunden gegenüber dem Verwalter, seinen Mitarbeitern oder sonstigen auf seiner Seite beteiligte Dritte, gleich aus welchem Rechtsgrund, bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Verwalters.

19.5. Salvatorische Klausel: Teilnichtigkeit bewirkt nicht Gesamtnichtigkeit. Im Falle der Unwirksamkeit einer Bestimmung sind sich die Vertragsparteien darüber einig, dass an die Stelle einer unwirksamen oder lückenhaften Regelung eine Regelung tritt, die dem wirtschaftlichen Sinn und Zweck der unwirksamen oder lückenhaften Regelung in gesetzlich zulässiger Weise am nächsten kommt.

19.6. Der Kunde verzichtet auf den Zugang der Annahme seines Antrages auf Abschluss dieses Vertrages durch den Verwalter.

20. Erklärung nach den Geldwäschevorschriften:

Der Auftraggeber ist der wirtschaftlich Berechtigte. Sofern er nicht selbst der wirtschaftlich Berechtigte ist, gibt er ihn wie folgt an:

Musterstadt,

Marktredwitz,

(Ort, Datum)

(Ort, Datum)

(Auftraggeber)

(Verwalter)

Anlage 1 zum Vermögensverwaltungsvertrag

Anlagerichtlinien und Benchmark

A. Anlagerichtlinien:

1. Die Sensus hat bei ihrer Tätigkeit im Rahmen der vereinbarten Portfolioverwaltung die folgenden Anlagerichtlinien zu beachten.

Bitte beachten Sie die Erläuterungen zu den Anlagestrategien und die damit verbundenen Risiken.

2. Wahl einer bestimmten Anlagestrategie:

Allgemeiner Hinweis:

Die Sensus bietet im Rahmen ihrer Dienstleistung „Sensus Vermögensverwaltungs-Depot“ eine Auswahl verschiedener Anlagestrategien („konservativ“, „ausgewogen“ sowie „dynamisch“) an. Der Kunde kann unter den angebotenen Strategien auswählen. Die unterschiedlichen Anlagestrategien verfolgen unterschiedliche Ziele und beinhalten andere Vorgehensweisen bei der Durchführung der Anlagen. Sie sind mit unterschiedlichen Risiken verbunden. Bitte beachten Sie die Erläuterungen und Risikohinweise auch zu den jeweiligen Anlagestrategien. Bitte beachten Sie auch, dass keine der Strategien Risiken ausschließen kann und jede Strategie Grundrisiken beinhaltet. Beachten Sie, dass sofern keine ausdrücklichen Einschränkungen in den Anlagerichtlinien erfolgen, der Verwalter innerhalb der Ermächtigung im Verwaltungsvertrag tätig werden kann.

3. Beschreibung und Auswahl der Strategien:

3.1. Anlageinstrumente und Anlagespektrum bei allen Anlagestrategien:

Bei allen Anlagestrategien können alle Arten von in- oder ausländischen Fondsanlagen erworben oder verkauft werden. Eine Zulassung nach dem Investmentgesetz zum öffentlichen Vertrieb ist nicht erforderlich. Es können auch Fonds erworben werden, die nicht nach dem Investmentgesetz zulassungsfähig wären. Zudem können auch Geldmarktinstrumente, festverzinsliche Wertpapiere, Zertifikate oder andere Kollektivanlagen gekauft und verkauft werden.

Das Anlagespektrum ist nicht auf bestimmte Bereiche eingeschränkt. Neben Anlagen im Finanzbereich kann auch in Anlageprodukte aus den Bereichen Immobilien, Rohstoff und innovative Techniken (z. B. Energieanlagen, Solar etc.) investiert werden.

Es können auch Anlageformen erworben werden, die nicht börsennotiert sind.

Der Verwalter ist zur Kredit-Aufnahme oder zur sonstigen Beschaffung von Fremdkapital zur Deckung von Wertpapiergeschäften nicht berechtigt.

3.2. Anlagegrenzen in den jeweiligen Bereichen:

Die Strategien unterscheiden drei Anlagebereiche:

- **Anlagebereich I:** Anlagen und Fonds mit Investitionen in Festzinsanlagen und schwankungsarmen Wertpapieren sowie Cash Positionen.
- **Anlagebereich II:** Anlagen und Fonds mit Investitionsstrategien in Sachwerten, Rohstoffen, Edelmetallen und regenerativer Energien.
- **Anlagebereich III:** Anlagen und Fonds mit alternativen Anlagestrategien in Derivaten (long/short) und Hedgefonds.

Der wesentliche Unterschied zwischen den Strategien liegt darin, dass die Mittel des Kunden in unterschiedlichem Umfang den einzelnen Anlagebereichen zugeordnet werden.

Die Anlagebereiche werden als mit unterschiedlichen Risiken verbunden angesehen. So ist der Anlagebereich I mit dem geringsten Risiko verbunden, der Anlagebereich II mit höheren und der Anlagebereich III mit den höchsten Risiken. Alle Anlagebereiche beinhalten Risiken und sind nicht risikolos. Sämtliche Anlagebereiche sind als spekulativ anzusehen.

3.3. Einhalten der Anlagegrenzen, mögliche Überschreitungen, Liquiditätsanlagen:

Die Anlagegrenzen beziehen sich immer nur auf den Zeitpunkt des Eingehens einer Position in Bezug auf den dann aktuellen Wert des Gesamtdепots auf den sich die Verwaltung bezieht. Spätere Änderungen in der Bewertung führen nicht zu einem Zwang zum Verkauf, um die ursprünglichen Grenzen wieder herzustellen. Der Verwalter hat jedoch dies bei den weiteren Dispositionen zu berücksichtigen.

Die Anlagegrenzen in den jeweiligen Bereichen können immer unterschritten werden. Sie können auch um bis zu 10 % überschritten werden, z. B. können bei einem vereinbarten Anteil von 50 % bis zu 60 % in einem Anlagebereich angelegt werden. Sie sollen aber im Rahmen der Dispositionen möglichst nah eingehalten werden.

Die Sensus kann bei allen Strategien nach ihrem Ermessen bis zu hundert Prozent der Mittel in Geldmarktfonds, Tagesgelder oder ähnliche Anlagen parken.

3.4. Allgemeiner Risikohinweis zu den Strategien und Risikobeschreibung der einzelnen Anlagebereiche:

Alle Anlagestrategien sind spekulativ ausgerichtet und haben Verlustrisiken. Die Risiken zu den einzelnen Strategien werden im Rahmen der Beschreibung der Strategie dargestellt. In allen Strategien sind Substanzverluste möglich.

Die einzelnen Anlagebereiche haben folgende Risikoprofile.

- **Anlagebereich I:** Anlagen und Fonds mit Investitionen in Festzinsanlagen und schwankungsarmen Wertpapieren sowie Cash Positionen.
Risiken: Verluste sollen in diesem Bereich weitgehend vermieden werden. Es bestehen aber Kursschwankungen und es können Substanzverluste eintreten. In Ausnahmefällen können auch bei Einzelwerten Totalverluste eintreten (z. B. bei Insolvenz des Emittenten).
- **Anlagebereich II:** Anlagen und Fonds mit Investitionsstrategien in Sachwerten, Rohstoffen, Edelmetallen und regenerativen Energien.
Risiken: Das Anlagevorgehen ist spekulativ. Es werden erhöhte Risiken in Kauf genommen. Es können hohe Kursschwankungen und hohe Substanzverluste eintreten. Der Totalverlust von Anlagen ist möglich.
- **Anlagebereich III:** Anlagen und Fonds mit alternativen Anlagestrategien in Derivaten (long/short) und Hedgefonds.
Risiken: Das Anlagevorgehen ist hoch spekulativ. Es werden sehr hohe Risiken in Kauf genommen. Sehr hohe Kursschwankungen und sehr hohe Substanzverluste sind möglich und treten oft ein. Der Totalverlust von Anlagen ist keine Ausnahme.

3.5. Auswahl der Strategie:

Strategie / Beschreibung und Risiko /
Auswahl Anlagesumme in der ausgewählten Strategie

Konservativ Beschreibung:
50% der Anlagemittel sollen in Festzinsanlagen und schwankungsarmen Wertpapieren sowie Cash Positionen investiert werden.
30% der Anlagemittel sollen in den Bereichen Sachwerten, Rohstoffen, Edelmetallen und regenerativen Energien investiert werden.
20% der Anlagemittel sollen in alternative Anlagestrategien investiert werden, wie Derivate, Termingeschäfte und Hedgefonds.

Risikoprofil:
Es handelt sich um eine Anlagestrategie mit Risiken. Es sollen zwar durch den hohen Anteil der Anlagen im Bereich I die Risiken verringert werden, es können aber aufgrund des spekulativen Handelsvorgehens Verluste eintreten. Es können Substanzverluste eintreten. Sie ist von den drei angebotenen spekulativen Strategien, die mit dem geringsten Risikoprofil.

_____ €
(mindestens 5.000 €)

Ausgewogen Beschreibung:
33% der Anlagemittel sollen in Festzinsanlagen und schwankungsarmen Wertpapieren sowie Cash Positionen investiert werden.
33% der Anlagemittel sollen in den Bereichen Sachwerten, Rohstoffen, Edelmetallen und regenerativen Energien investiert werden.
34% der Anlagemittel sollen in alternative Anlagestrategien investiert werden, wie Derivate, Termingeschäfte und Hedgefonds.

Risikoprofil:
Es handelt sich um eine spekulativ ausgerichtete Anlagestrategie mit Risiken. Es sollen zwar durch den Anteil der Anlagen im Bereich I die Risiken verringert werden, aufgrund des Handelsvorgehens ist es aber eine Strategie mit einem erhöhten Risiko. Es können höhere Substanzverluste eintreten. Sie ist von den drei angebotenen spekulativen Strategien, die mit dem mittleren Risikoprofil.

5.000,00
_____ €
(mindestens 5.000 €)

Dynamisch Beschreibung:
20% der Anlagemittel sollen in Festzinsanlagen und schwankungsarmen Wertpapieren sowie Cash Positionen investiert werden.
30% der Anlagemittel sollen in den Bereichen Sachwerten, Rohstoffen, Edelmetallen und regenerativen Energien investiert werden.
50% der Anlagemittel sollen in alternative Anlagestrategien investiert werden, wie Derivate, Termingeschäfte und Hedgefonds.

Risikoprofil:
Es handelt sich um eine sehr spekulativ ausgerichtete Anlagestrategie mit erheblichen Risiken. Es wird nur ein kleiner Teil der Anlagen im Bereich I gehalten, der größte Anteil der Anlagen ist hochspekulativ im Bereich III. Es besteht ein sehr hohes Risiko. Es können sehr hohe Substanzverluste eintreten, Totalverluste in Einzelanlagen sind keine Ausnahme. Sie ist von den drei angebotenen spekulativen Strategien, die mit dem höchsten Risikoprofil.

_____ €
(mindestens 5.000 €)

3.6. Wechsel der Anlagestrategien – Änderung der Anlagerichtlinien:

Der Kunde kann zwischen den Anlagestrategien wechseln oder Anlagerichtlinien ändern. Ein diesbezüglicher Auftrag muss schriftlich erfolgen. Die Sensus wird dann, unter Beachtung der Marktbedingungen möglichst umgehend das Portfolio entsprechend ändern. Hieraus können zusätzliche Kosten entstehen.

4. Änderung der Anteile durch Änderungen von Bewertungen:

Etwasige Höchstwerte bei Anlagen sind nur zum Zeitpunkt des Eingehens der Anlage zu beachten. Durch die Marktentwicklungen können hier Veränderungen eintreten, sodass dann möglicherweise hierdurch Grenzwerte der Anlagestrategie überschritten werden. In diesem Fall muss die Sensus keine Verkäufe vornehmen.

Dividenden und Zinsen werden bei allen Strategien auf dem Depot-Verrechnungskonto gesammelt und zu gegebener Zeit wieder angelegt. Auf Wunsch des Auftraggebers oder dessen Vertreter können Gewinne und Guthaben jederzeit abdisponiert werden.

5. Besondere Vereinbarungen:

Sofern der Kunde bei der Portfolioverwaltung abweichend von den Anlagestrategien besondere Vorgaben machen möchte, sind diese gesondert schriftlich zu vereinbaren.

6. Nichtzutreffende Regelungen sind zu streichen und ggf. durch Ergänzungen klarzustellen.

B. Benchmark / Vergleichsmaßstab:

Für die Durchführung der Finanzportfolioverwaltung durch die Sensus wird folgender Vergleichsmaßstab (Benchmark) vereinbart. Dieser ist abhängig von der jeweiligen Strategie.

Hierbei handelt es sich nicht um eine Garantie oder Zusicherung, dass dieser Vergleichsmaßstab erreicht wird, sondern um einen Maßstab, der dem Kunden einen Vergleich zwischen dem tatsächlichen Ergebnis der Verwaltung und dem angestrebten Ziel ermöglicht.

Strategie	Benchmark
Konservativ	3,00 % bis 4,50 % p. a.
Ausgewogen	5,00 % bis 8,00 % p. a.
Dynamisch	8,00 % bis 10,00 % p. a.

Musterstadt,

(Ort, Datum)

Marktredwitz,

(Ort, Datum)

(Auftraggeber)

(Verwalter)

Risikohinweise und wichtige Informationen über Verlustrisiken

I. Basisrisikohinweis

Bei Börsengeschäften bestehen immer hohe Verlustrisiken. Es besteht das Risiko des Totalverlustes. Es können bei einzelnen Geschäftsarten auch weitergehende Verpflichtungen entstehen, die das weitere Vermögen des Anlegers erfassen können. Deshalb sollten Sie Börsengeschäfte nur nach eingehender Information über die Gegebenheiten und Risiken ausführen. Stellen Sie bitte sicher, dass Ihnen die Risiken, die Gegebenheiten und die Funktionsweise von Börsengeschäften bekannt sind. Beachten Sie insbesondere die Risiken aus den Kosten.

Im Rahmen dieser Unterlage werden Ihnen die Risiken von Börsengeschäften und insbesondere von:

- Termingeschäften
- Forex-/Devisenhandel
- Aktiengeschäften
- Anlagen in verzinslichen Wertpapieren
- Fondsanlagen

erläutert.

Sie sollten sich daher mit den Risikohinweisen eingehend beschäftigen und nachvollziehen und sie nicht nur überfliegen. Sofern Sie Fragen haben oder Ihnen Punkte unklar sein sollten, sprechen Sie uns bitte an.

II. Basisrisiken bei Vermögensanlagen

Es gibt sogenannte Basisrisiken, die immer bei börsennotierten Vermögensanlagen bestehen. Diese sind:

II. 1. Konjunkturrisiko

Es besteht die Gefahr, dass aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung (Konjunktur) und der besonderen Situation der jeweiligen Anlage, diese sich besser oder schlechter als andere Anlagen im Markt behaupten kann und die Anlage Wertverluste erleiden muss. Die Konjunktur beeinflusst damit den Wert und damit den Wiederverkaufspreis einer Anlage. Dieses Risiko kann sich bei sehr negativer allgemeiner oder unternehmensspezifischer Entwicklung bis zu einem Totalverlust einer Anlage verwirklichen. Dieses Risiko kann nicht ausgeschlossen werden. Es kann eine Vermögensanlage auch zu einem falschen Zeitpunkt gekauft oder verkauft werden.

II. 2. Liquiditätsrisiko

Unter der Liquidität einer Anlage wird die Möglichkeit des Verkaufes zu marktgerechten Preisen verstanden. Von einer ausreichenden Liquidität wird ausgegangen, wenn ein Anleger seine Anlage (z. B. Finanzinstrumente) jederzeit an einem Markt verkaufen kann, ohne dass dies zu spürbaren Preisänderungen führt. Bei Anlagen, die nicht an einer Börse oder einem anderen allgemein zugänglichen Sekundärmarkt (Wiederverkaufsmarkt) gehandelt werden, besteht das Risiko, dass der Anleger mangels eines Abnehmers nur unter erheblichen Abschlägen vom Wert oder überhaupt keinen Käufer oder Verkäufer findet. Dieses Risiko existiert häufig auch bei Nebenwerten, auch wenn sie an einer Börse gehandelt werden. Der Kreis der Interessenten ist oft so klein, dass der Verkauf solcher Aktien nur unter schlechten Bedingungen möglich ist. Darüber hinaus sind solche Aktien, die nur einen engen Markt aufweisen, anfälliger für Preismanipulationen. Bei ausländischen Aktien muss auch beachtet werden, dass über den Verkaufspreis der Aktie bei einer Veräusserung erst nach längeren Fristen oder nach einer Umschreibung verfügt werden kann.

Es besteht ferner die Gefahr, dass eine Aktiengesellschaft deren Aktien an einer Börse notiert wird nach dem Erwerb der Aktie ihre Börsennotierung zurückgibt oder von der Notierung ausgeschlossen wird. In diesem Falle wird die Möglichkeit des Anlegers seine Anlage zu veräußern nachträglich erheblich verschlechtert. Dies kann auch bei anderen Vermögensanlagen der Fall sein, wenn eine anfängliche Notierung an einem Markt später wegfällt (z. B. Fonds).

II. 3. Risiken der Rahmenbedingungen und der Marktpsychologie

Zu den Rahmenbedingungen einer Preisbildung einer Anlage gehören neben den speziellen Gegebenheiten der Vermögensanlage die Inflationsrate, die Festsetzung der Leitzinsen und andere volkswirtschaftliche Faktoren, die von den Börsen oder einem anderen Markt positiv oder negativ verarbeitet werden. Diese Faktoren können den Marktwert auch von Standardaktien erheblich beeinflussen. So können Aktienkurse oder Wertpapierkurse auf breitere Front in zweistelligen Prozentbeträgen einbrechen, ohne dass sich an der Substanz oder der Ertragskraft des Unternehmens oder Emittenten etwas geändert hätte. Hier können auch irrationale Faktoren wie: Gerüchte, Stimmungen und Meinungen die Ursache sein, gleichgültig ob sie berechtigt sind oder nicht.

II. 4. Inflationsrisiko

Ein Anlage kann bereits allein wegen der Geldentwertung eine Wertminderung erleiden. Daraus erfolgt auch ein Vermögensverlust für den Anleger. Die Inflation wirkt sich dabei nicht nur auf den Vermögensgegenstand selbst aus, sondern auch auf den mit ihm erwirtschafteten Ertrag.

II. 5. Länderrisiko; Transferrisiko

Bei dem Erwerb von ausländischen Vermögensanlagen oder Vermögensanlagen ausländischer Schuldner, können Kapitaltransferbeschränkungen eingreifen, die es für kürzere oder längere Zeiträume unmöglich machen, Dividenden oder den Verkaufserlös aus solchen Papieren aus dem betreffenden Land herauszutransferieren. Bei Erträgen in Fremdwährungen kann der Umtausch wegen Devisenbestimmungen nicht möglich oder nur eingeschränkt möglich sein.

II. 6. Informationsrisiko

Unvollständige, veraltete oder fehlende Informationen können zu Fehlentscheidungen des Anlegers führen. Ebenso kann die Auswertung von zu vielen oder zu wenigen Informationen zu Fehlern führen.

II. 7. Übermittlungsrisiko

Aufträge müssen klar und eindeutig erteilt werden. Unklare und unvollständige Angaben können zu einer fehlerhaften Durchführung des Auftrages zum Erwerb von Anlagen führen oder sogar die Folge haben, dass der Auftrag nicht oder verspätet durchgeführt wird.

II. 8. Preisfeststellung

Die Preisfeststellung bei börsennotierten Finanzinstrumenten und Anlagen an der jeweiligen Börse oder dem Markt an dem sie gehandelt werden, nach den dortigen Regeln. Hier besteht aber gerade bei engen Märkten die Gefahr, dass kein angemessener Preis besteht und keine ordnungsgemäße Preisfeststellung erfolgt. Dies ist insbesondere bei Nebenwerten oder sog. „Neuen-Markt-Werten“ oft der Fall.

II. 9. Währungsrisiken

Notiert eine Anlage in einer fremden Währung, kann sich das Umtauschverhältnis zur Heimatwährung des Anlegers verschlechtern und hieraus zusätzliche Verluste resultieren (Währungsrisiko).

II. 10. Kreditrisiken

Wenn Vermögensanlagen auf Kredit durchgeführt werden, muss der Kredit mit Zinsen unabhängig von dem Verlauf der Anlage bezahlt werden. Zinsen für einen Kredit stellen zusätzliche Kosten dar. Macht der Anleger bei der Vermögensanlage Verluste, muss er trotzdem den Kredit bezahlen. Dienen die eingegangenen Vermögensanlagen als Sicherheit für einen Kredit (sog. Lombardkredit), so kann der Kreditgeber bei Wertverlusten der Anlagen weitere Sicherheiten verlangen und sofern diese nicht gestellt werden, den Kredit insgesamt kündigen. Dies kann zu einem Verkauf von Anlagen zur Unzeit und damit weiteren Verlusten führen. Vermögensanlagen sollten daher nicht mit Kredit finanziert werden.

III. Risiken bei Termingeschäften

III. 1. Grundsatz

Termingeschäfte sind keine herkömmlichen Kapitalanlagen, sondern hochspekulative Geschäfte. Bitte beachten Sie insbesondere die Risiken aus den Kosten, da diese praktisch zum Ausschluss jeglicher Gewinnchance führen können.

Unterpunkte:

- Allgemeine Markt- oder Spekulationsrisiken insbesondere bei Termingeschäften
- Erweiterte Grundinformationen über Risiken bei Termingeschäften
- Besondere Risiken bei Aktienoptionen
- Erhöhung der Risiken aufgrund von Transaktionskosten

III. 2. Allgemeine Markt- oder Spekulationsrisiken insbesondere bei Termingeschäften

III. 2.1. Risiko des Totalverlusts

Die aus diesen Geschäften erworbenen befristeten Rechte können verfallen (Risiko des Totalverlusts) oder eine Wertminderung erleiden. Ein wichtiges Merkmal von Termingeschäften ist, dass sie befristet sind und innerhalb eines begrenzten Zeitraumes (sog. „Laufzeit“) die von dem Anleger gewünschte Entwicklung eintreten muss. Der Anleger muss daher die Laufzeit eines Termingeschäftes beachten. Der Totalverlust und Verfall eines Termingeschäftes am Ende der Laufzeit ist kein Ausnahmefall, sondern kommt per Saldo weit überwiegend vor. Sie müssen daher in der Praxis bereits am Anfang der Geschäfte davon ausgehen, dass Sie Ihr Geld verlieren werden.

Bei bestimmten Termingeschäften (z. B. Futures, Stillhalteroptionen) können auch Verpflichtungen entstehen, die weit über den Einsatz hinausgehen und auch das übrige Vermögen des Anlegers bis hin zur Privatinsolvenz erfassen können. Es handelt sich daher nicht um herkömmliche Kapitalanlagen.

III. 2.2. Verlustrisiko beim Kauf von Optionen

Das Verlustrisiko besteht bei dem Kauf von Optionen in der aufgewendeten Optionsprämie und den angefallenen Transaktionskosten. Dieser Totalverlust tritt ein, wenn die Option am Ende der Laufzeit verfällt. Ein teilweiser Verlust tritt ein, wenn sich die Option nicht wie vom Spekulant erwartet entwickelt und diese ohne die Gewinnzone erreicht zu haben verkauft wird.

III. 2.3. Verlustrisiken bei Futuregeschäften und bei dem Verkauf von Optionen (sog. Stillhalter-Geschäfte)

Bei Futuregeschäften und dem Verkauf von Optionen ist das Verlustrisiko nicht vorher bestimmbar und kann weit über etwa gestellte Sicherheiten hinausgehen. Es können dann zusätzliche Sicherheiten erforderlich sein, die ebenfalls verfallen können. Leistet der Kunde diese weiteren Sicherheiten bei Anforderung nicht, muss er mit einer sofortigen Schließung seiner offenen Termingeschäfte und mit der umgehenden Verwertung der bereits gestellten Sicherheiten rechnen. Die dann auftretenden Verluste können zu einer zusätzlichen Verschuldung führen und damit auch das übrige Vermögen erfassen und sogar zur Privatinsolvenz führen, ohne dass das Verlustrisiko stets im Voraus bestimmbar ist.

Ein im Voraus nicht bestimmbarer Verlust tritt auch ein, wenn sich der Future nicht wie vom Spekulant erwartet entwickelt und ohne die positive Ergebniszone erreicht zu haben durch ein Gegengeschäft glattgestellt wird bzw. aufgrund der Marktlage ein Gegengeschäft zur Glattstellung nicht erfolgen kann. Mangels eines Gegengeschäfts muss der Spekulant dann zu der im Voraus bestimmten Zeit seiner Verpflichtung aus dem Futuregeschäft nachkommen. Das bedeutet, er muss bei einem Kauf des geschuldeten Basiswertes diesen abnehmen und bezahlen. In diesem Fall können sich bei einem Warentermingeschäft auch die Kosten einer Zwischenlagerung der Ware bis zum erfolgreichen Weiterverkauf verlusterhöhend auswirken. Bei einem Future zum Verkauf des geschuldeten Basiswertes besteht die Pflicht in der Lieferung des geschuldeten Basiswertes. Dazu muss sich der Spekulant anderweitig mit dem Basiswert (in gleicher Qualität) eindecken. Auch diese „Beschaffungskosten“ wirken sich verlusterhöhend aus und sind im Voraus nicht bestimmbar.

III. 2.4. Spread- oder Kombinationsgeschäfte

Sogenannte Spread- oder Kombinationsgeschäfte sind nicht notwendig risikoärmer als Einzelpositionen.

III. 2.5. Risiko der Anlieferung

Wird ein Termingeschäft ausgeübt, kann es zur tatsächlichen physischen Anlieferung des Basiswertes auf den sich das Termingeschäft bezieht kommen. In diesem Fall sind die Bedingungen des Kassamarktes zu beachten. Ein Weiterverkauf der Ware kann hier nur sehr schwierig und unter hohen Kosten möglich sein.

III. 2.6. Stop-Aufträge

Geschäfte, mit denen die Risiken aus den eingegangenen Termin- oder Aktiengeschäften ausgeschlossen oder eingeschränkt werden sollen (z. B. Stop-Aufträge), können möglicherweise nicht oder nur zu einem verlustbringenden Marktpreis getätigt werden. Dies gilt insbesondere für sogenannte Verlustbegrenzungsaufträge (Stop-Orders).

III. 3. Erweiterte Grundinformationen über Risiken bei Termingeschäften

III. 3.1. Grundsätzliches über Verlustrisiken bei Termingeschäften

Es bestehen folgende Grundrisiken:

Verfall oder Wertminderung

Die Rechte, die Sie aus Termingeschäften erwerben, können verfallen oder an Wert verlieren, weil diese Geschäfte stets nur befristete Rechte verschaffen. Je kürzer die Frist ist, desto größer kann Ihr Risiko sein.

Unkalkulierbare Verluste

Bei Verbindlichkeiten aus Termingeschäften kann Ihr Verlustrisiko unbestimmbar sein und auch über die von Ihnen geleisteten Sicherheiten hinaus Ihr sonstiges Vermögen erfassen.

Fehlende Absicherungsmöglichkeit

Geschäfte, mit denen Risiken aus eingegangenen Termingeschäften ausgeschlossen oder eingeschränkt werden sollten (Glattstellungsgeschäfte) können möglicherweise nicht oder nur zu einem für Sie verlustbringenden Preis getätigt werden.

Zusätzliches Verlustpotential bei Kreditaufnahme oder aus Wechselkursschwankungen

Ihr Verlustrisiko steigt, wenn Sie für Ihr Finanztermingeschäft einen Kredit in Anspruch nehmen (Kreditrisiko). Dasselbe ist bei einem Termingeschäft der Fall, bei dem Ihre Verpflichtungen oder Ansprüche auf ausländische Währung oder eine Rechnungseinheit lauten (Währungsrisiko).

III. 3.2. Die Risiken bei den einzelnen Geschäftsarten

III. 3.2.1. Kauf von Optionen

III. 3.2.1.1. Kauf einer Option auf Wertpapiere, Devisen oder Edelmetalle

Das Geschäft: Wenn Sie Optionen auf Wertpapiere, Devisen oder Edelmetalle kaufen, erwerben Sie den Anspruch auf Lieferung oder Abnahme der genannten Basiswerte zu dem beim Kauf der Option bereits festgelegten Preis.

Ihr Risiko: Eine Kursveränderung des Basiswertes, also z. B. der Aktie, die Ihrer Option als Vertragsgegenstand zugrunde liegt, kann den Wert Ihrer Option mindern. Zu einer Wertminderung kommt es im Fall einer Kaufoption (Call) bei Kursverlusten, im Fall einer Verkaufsoption (Put) bei Kursgewinnen des zugrunde liegenden Vertragsgegenstandes. Tritt eine Wertminderung ein, so erfolgt diese stets überproportional zur Kursveränderung des Basiswertes, sogar bis hin zur Wertlosigkeit Ihrer Option. Eine Wertminderung Ihrer Option kann aber auch dann eintreten, wenn der Kurs des Basiswertes sich nicht ändert, weil der Wert Ihrer Option von weiteren Preisbildungsfaktoren (z. B. Laufzeit oder Häufigkeit und Intensität der Preisschwankungen des Basiswertes) mitbestimmt wird. Wegen der begrenzten Laufzeit einer Option können Sie dann nicht darauf vertrauen, dass sich der Preis der Option rechtzeitig wieder erholen wird. Erfüllen sich Ihre Erwartungen bezüglich der Marktentwicklung nicht und verzichten Sie deshalb auf die Ausübung der Option oder versäumen Sie die Ausübung, so verfällt Ihre Option mit Ablauf ihrer Laufzeit. Ihr Verlust liegt dann in dem für die Option gezahlten Preis (der Optionsprämie) zuzüglich der Ihnen entstandenen Transaktionskosten.

III. 3.2.1.2. Kauf einer Option auf Finanzterminkontrakte

Das Geschäft: Beim Kauf einer Option auf einen Finanzterminkontrakt erwerben Sie das Recht, zu im Vorhinein fixierten Bedingungen einen Vertrag abzuschließen, durch den Sie sich zum Kauf oder Verkauf per Termin von z. B. Wertpapieren, Devisen oder Edelmetallen verpflichten.

Ihr Risiko: Auch diese Option unterliegt zunächst den unter 3.2.1.1. beschriebenen Risiken. Nach Ausübung der Option gehen Sie allerdings neue Risiken ein. Diese richten sich nach dem dann zustande kommenden Finanzterminkontrakt und können weit über Ihrem ursprünglichen Einsatz – das ist der für die Option gezahlte Preis – liegen. Sodann treffen Sie zusätzlich die Risiken aus den nachfolgend beschriebenen Termingeschäften mit Erfüllung per Termin.

III. 3.2.2. Verkauf von Optionen und Termingeschäften mit Erfüllung per Termin

III. 3.2.2.1. Verkauf per Termin und Verkauf einer Kaufoption auf Wertpapiere, Devisen oder Edelmetalle

Das Geschäft: Als Verkäufer per Termin gehen Sie die Verpflichtung ein, Wertpapiere, Devisen oder Edelmetalle zu einem vereinbarten Kaufpreis zu liefern. Als Verkäufer einer Kaufoption trifft Sie diese Verpflichtung nur dann, wenn die Option ausgeübt wird.

Ihr Risiko: Steigen die Kurse, müssen Sie dennoch zu dem zuvor festgelegten Preis liefern, der dann ganz erheblich unter dem aktuellen Marktpreis liegen kann. Sofern sich der Vertragsgegenstand, den Sie zu liefern haben, bereits in Ihrem Besitz befindet, kommen Ihnen steigende Marktpreise nicht mehr zugute. Wenn Sie ihn erst später erwerben wollen, kann der aktuelle Marktpreis erheblich über dem im Voraus festgelegten Preis liegen. In der Preisdifferenz liegt Ihr Risiko. Dieses Verlustrisiko ist im Vorhinein nicht bestimmbar, d. h. theoretisch unbegrenzt. Es kann weit über von Ihnen geleistete Sicherheiten hinausgehen, wenn Sie den Liefergegenstand nicht besitzen, sondern sich erst bei Fälligkeit damit eindecken wollen. In diesem Fall können Ihnen erhebliche Verluste entstehen, da Sie je nach Marktsituation eventuell zu sehr hohen Preisen kaufen müssen oder aber entsprechende Ausgleichszahlungen zu leisten haben, wenn Ihnen die Eindeckung nicht möglich ist.

Beachten Sie: Befindet sich der Vertragsgegenstand, den Sie zu liefern haben, in Ihrem Besitz, so sind Sie zwar vor Eindeckungsverlusten geschützt. Werden aber diese Werte für die Laufzeit Ihres Termingeschäftes (als Sicherheiten) ganz oder teilweise gesperrt gehalten, können Sie während dieser Zeit oder bis zur Glattstellung Ihres Terminkontraktes hierüber nicht verfügen und die Werte auch nicht verkaufen, um bei fallenden Kursen Verluste zu vermeiden.

III. 3.2.2.2. Kauf per Termin und Verkauf einer Verkaufsoption auf Wertpapiere, Devisen oder Edelmetalle

Das Geschäft: Als Käufer per Termin oder als Verkäufer einer Verkaufsoption gehen Sie die Verpflichtung ein, Wertpapiere, Devisen oder Edelmetalle zu einem festgelegten Preis abzunehmen.

Ihr Risiko: Auch bei sinkenden Kursen müssen Sie den Kaufgegenstand zum vereinbarten Preis abnehmen, der dann erheblich über dem aktuellen Marktpreis liegen kann. In der Differenz liegt Ihr Risiko. Dieses Verlustrisiko ist im Vorhinein nicht bestimmbar und kann weit über eventuell von Ihnen geleistete Sicherheiten hinausgehen. Wenn Sie beabsichtigen, die Werte nach Abnahme sofort wieder zu verkaufen, sollten Sie beachten, dass Sie unter Umständen keinen oder nur schwer einen Käufer finden; je nach Marktentwicklung kann Ihnen dann ein Verkauf nur mit erheblichen Preisabschlägen möglich sein.

III. 3.2.2.3. Verkauf einer Option auf Finanzterminkontrakte

Das Geschäft: Beim Verkauf einer Option auf einen Finanzterminkontrakt gehen Sie die Verpflichtung ein, zu im Vorhinein fixierten Bedingungen einen Vertrag abzuschließen, durch den Sie sich zum Kauf oder Verkauf per Termin von z. B. Wertpapieren, Devisen oder Edelmetallen verpflichten.

Ihr Risiko: Sollte die von Ihnen verkaufte Option ausgeübt werden, so laufen Sie das Risiko eines Verkäufers oder Käufers per Termin, wie es unter Ziffer 3.2.2.1. und 3.2.2.2. beschrieben ist.

III. 3.2.3. Options- und Finanzterminkontrakte mit Differenzausgleich

Das Geschäft: Bei manchen Termingeschäften findet nur ein Barausgleich statt. Hierbei handelt es sich insbesondere um:

- Options- oder Finanzterminkontrakte auf einen Index, also auf eine veränderliche Zahlengröße, die aus einem nach bestimmten Kriterien festgelegten Bestand von Wertpapieren errechnet wird und deren Veränderungen die Kursbewegungen dieser Wertpapiere widerspiegeln.
- Options- oder Finanzterminkontrakte auf den Zinssatz für eine Termineinlage mit standardisierter Laufzeit.

Ihr Risiko: Wenn Ihre Erwartungen nicht eintreten, haben Sie die Differenz zu zahlen, die zwischen dem bei Abschluss zugrunde gelegten Kurs und dem aktuellen Marktkurs bei Fälligkeit des Geschäfts besteht. Diese Differenz macht Ihren Verlust aus. Die maximale Höhe Ihres Verlustes lässt sich im Vorhinein nicht bestimmen. Er kann weit über eventuell von Ihnen geleistete Sicherheiten hinausgehen.

III. 3.3. Weitere Risiken aus Termingeschäften

III. 3.3.1. Termingeschäfte mit Währungsrisiko

Das Geschäft: Wenn Sie ein Finanztermingeschäft eingehen, bei dem Ihre Verpflichtung oder die von Ihnen zu beanspruchende Gegenleistung auf ausländische Währung oder eine Rechnungseinheit lautet oder sich der Wert des Vertragsgegenstandes hiernach bestimmt (z. B. bei Gold), sind Sie einem zusätzlichen Risiko ausgesetzt.

Ihr Risiko: In diesem Fall ist Ihr Verlustrisiko nicht nur an die Wertentwicklung des zugrunde liegenden Vertragsgegenstandes gekoppelt. Vielmehr können Entwicklungen am Devisenmarkt die Ursache für zusätzliche unkalkulierbare Verluste sein: Wechselkursschwankungen können:

- den Wert der erworbenen Option verringern
- den Vertragsgegenstand verteuern, den Sie zur Erfüllung des Finanztermingeschäfts liefern müssen, wenn er in ausländischer Währung oder einer Rechnungseinheit zu bezahlen ist. Dasselbe gilt für eine Zahlungsverpflichtung aus dem Finanztermingeschäft, die Sie in ausländischer Währung oder einer Rechnungseinheit erfüllen müssen.
- den Wert oder den Verkaufserlös des aus dem Finanztermingeschäft abzunehmenden Vertragsgegenstandes oder den Wert der erhaltenen Zahlung vermindern.

III. 3.3.2. Risikoausschließende oder -einschränkende Geschäfte

Vertrauen Sie nicht darauf, dass Sie während der Laufzeit jederzeit Geschäfte abschließen können, durch die Sie Ihre Risiken aus Termingeschäften kompensieren oder einschränken können. Ob diese Möglichkeit besteht, hängt von den Marktverhältnissen und auch von der Ausgestaltung Ihres jeweiligen Finanztermingeschäfts ab. Unter Umständen können Sie ein entsprechendes Geschäft nicht oder nur zu einem ungünstigen Marktpreis tätigen, so dass Ihnen ein Verlust entsteht.

III. 3.3.3. Inanspruchnahme von Kredit

Ihr Risiko erhöht sich, wenn Sie insbesondere den Erwerb von Optionen oder die Erfüllung Ihrer Liefer- oder Zahlungsverpflichtungen aus Termingeschäften über Kredit finanzieren. In diesem Fall müssen Sie, wenn sich der Markt entgegen Ihren Erwartungen entwickelt, nicht nur den eingetretenen Verlust hinnehmen, sondern auch den Kredit verzinsen und zurückzahlen. Setzen Sie daher nie darauf, den Kredit aus den Gewinnen des Termingeschäftes verzinsen und zurückzahlen zu können, sondern prüfen Sie vor Geschäftsabschluss Ihre wirtschaftlichen Verhältnisse daraufhin, ob Sie zur Verzinsung und gegebenenfalls kurzfristigen Tilgung des Kredits auch dann in der Lage sind, wenn statt der erwarteten Gewinne Verluste eintreten. Termingeschäfte stellen keine tauglichen Sicherheiten für Kreditaufnahme dar und sollten nicht mit Krediten finanziert werden.

III. 3.4. Verbriefung in Wertpapieren

Die Risiken aus den oben geschilderten Geschäften ändern sich nicht, wenn die Rechte und Pflichten in einem Wertpapier (z. B. Optionsschein) verbrieft sind.

III. 4. Besondere Risiken bei Aktienoptionen

Bei Aktienoptionen bestehen zum Teil Besonderheiten und Unterschiede zu Termingeschäften mit anderen Basiswerten. Diese Unterschiede sind zu beachten. Es ist zu bedenken, dass eine Aktienoption sich immer auf eine bestimmte Aktie bezieht. Es sind daher die Daten der Aktie und deren Erträge (Dividenden) zu berücksichtigen. Es ist zu berücksichtigen, ob es sich bei dem Basiswert nur um einen Nebenwert oder um einen Standardwert handelt. Die Unternehmensdaten der Aktiengesellschaft und deren Entwicklung sind zu berücksichtigen. Hier können Nachrichten, die das Unternehmen betreffen, nachhaltige Auswirkungen auch auf die Optionen auf die Aktien dieser Gesellschaft besitzen. Die Preisbildung der Aktienoption wird nämlich in hohem Maße durch die Preisbildung der jeweiligen Aktie bestimmt. Dabei kann es bei einer Veränderung des Aktienkurses zu überproportionalen Veränderungen des Optionskurses kommen. Ihnen sollte bewusst sein, dass Sie bei Ausübung einer Kauf-Option auch in den Besitz der physischen Aktien gelangen können. Hier kann ein Verkauf der Aktien aufgrund eines engen Marktes nur erschwert und mit Verlust möglich sein. Auch dies macht es erforderlich sich mit den Gegebenheiten der Aktie vertraut zu machen.

III. 5. Besondere Risiken bei kurzfristigen Handelsvorgehen (Daytrading)

Bei der Durchführung eines kurzfristigen Handels (sog. Tageshandel oder auch Day-Trading) erfolgt nur eine kurzfristige Marktteilnahme. Dies kann in der Form von Tagesgeschäften (day-trades) oder Übernachtgeschäften (over-night-trades) erfolgen. Bei Tagesgeschäften werden Marktpositionen oft nur sehr kurzfristig eingenommen. Bei day-trades wird eine eröffnete Position noch am gleichen Tage geschlossen. Hier kann es der Fall sein, dass eine entsprechende Position innerhalb eines Börsentages, im selben Markt mehrmals eröffnet (gekauft bzw. verkauft) und geschlossen (verkauft bzw. gekauft) wird (sog. „Intra-Day-Trading“). Bei over-night-trades werden erworbene Positionen bereits am nächsten Tag wieder geschlossen, wobei das Risiko durch die „Übernachtung“ der offenen Position erhöht wird.

Beim Day-Trading können schon unerwartet kleine und kurzfristige Kurschwankungen ausreichen, um einen Totalverlust binnen kürzester Zeit, also den sofortigen Verlust ihres gesamten beim Day-Trading eingesetzten Kapitals, herbeizuführen.

Bei der Berechnung der Risiken sind neben den Marktrisiken die Transaktionskosten zu berücksichtigen. Dabei handelt es sich um die Vergütungen des kontenführenden Institutes und die Provisionen übriger Finanzdienstleister, d. h. auch unserer Provisionen, zuzüglich der nach Anfall belasteten Börsen- und Aufsichtskosten aus der Ausführung der Geschäfte.

Durch die kurzfristige Durchführung von Termingeschäften wird oft täglich eine vollständige Umschichtung des Depots vorgenommen. Dies führt dann zu einer unverhältnismäßig hohen Anzahl von Geschäften in dem Depot des Kunden. Die damit verbundenen Kosten – die jeweils pro Kontrakterwerb anfallen – führen zu einer erheblichen Belastung, da sie in einer fixen Höhe anfallen und können im Verhältnis zum eingesetzten Kapital und den Marktbewegungen unangemessen hoch sein. Diese Kostenbelastung kann für Sie zur Folge haben, dass das Kapital des Kunden allein durch die anfallenden Kosten (Provisionen) aufgezehrt wird. Dieses ist insbesondere dann der Fall, wenn der Markt keine oder nur geringe Kursschwankungen aufweist, sodass bei einer Glattstellung einer Position der erzielte Erlös die Kosten nicht deckt bzw. der Verlust allein oder zum weit überwiegenden Teil in den Kosten besteht.

Gerade bei kurzfristigen Geschäften besteht daher das Risiko der Provisionschinderei („Churning“).

Günstige Marktbedingungen werden erst Gewinne, wenn die Kursbewegungen (Prämien der Optionen oder der Preis der Terminkontrakte) den Betrag Ihrer Kosten überschritten haben. Da in dieser Strategie aber nur sehr kurzfristig gehandelt wird, werden diese Kursbewegungen sich immer in Grenzen halten. Es ist deshalb schon eine sehr genaue Kalkulation nötig, um die richtigen Ein- und Ausstiegspunkte zu bestimmen, die die Ausnutzung von kurzfristigen Kursbewegungen erlaubt, die die Kosten übersteigen. Mit dieser Kostenkalkulation ist es jedoch noch nicht getan. Es darf nicht davon ausgegangen werden, dass der Anleger immer auf der richtigen Marktseite liegt. Das Marktrisiko bedeutet, dass sich der Preis der Positionen des Kunden nicht bewegt oder sich auch gegen den Kunden entwickeln kann und er diese Positionen dann mit Verlust glattstellen muss. Auch hier muss der richtige Ausstiegszeitpunkt vorher bestimmt werden. Erfolgt dies nicht, können die Verluste, verursacht einerseits durch Kosten, andererseits durch negative Marktbewegungen, binnen kürzester Zeit das gesamte Spekulationskapital aufzehren. Dieses Risiko wird verstärkt, wenn in Werte investiert wird, bei denen innerhalb eines Tages eine hohe Volatilität, also eine hohe Kursschwankung, erwartet wird.

Mit den Transaktionserlösen müssen dann nicht nur die Kosten dieser Geschäfte, sondern auch die Verluste nebst den Kosten für frühere Geschäfte aufgefangen werden, bevor der Kunde per Saldo ein positives Ergebnis für sich selbst verbuchen könnte. Dies kann sich bei Erleiden anfänglicher Verluste als unmöglich erweisen. Aus diesen Gründen muss der Anleger insbesondere für den kurzfristigen Handel (Day-Trading) über vertiefte Kenntnisse in Bezug auf Wertpapiermärkte, Wertpapierhandelstechniken, Wertpapierhandelsstrategien und derivative Finanzinstrumente verfügen.

Dies um so mehr, da er im Bereich des kurzfristigen Handels (Day-Trading) insbesondere mit professionellen und finanzstarken Marktteilnehmern konkurrieren.

Die weiteren Risiken von Termingeschäften bestehen zusätzlich zu den besonderen Risiken aus kurzfristigen Handelsvorgehen.

III. 6. Besondere Erhöhung der Risiken aufgrund von Transaktionskosten bei Termingeschäften

Bei Termingeschäften haben Kosten erhebliche negative Auswirkungen auf die Geschäfte.

III. 6.1. Negative Auswirkungen der Kosten – Transaktionskosten privater Spekulanten werden bei der Preisfeststellung durch den Börsenfachhandel nicht berücksichtigt

Die Kosten für unsere Tätigkeiten haben einen negativen Einfluss auf das finanzielle Ergebnis der Geschäfte und erhöhen das bereits bestehende allgemeine Risiko der Termingeschäfte.

Jegliche Gebühren wie etwa Kommissionen/Courtagen und Provisionen oder andere Kosten (z. B. Agio) auf den oder neben dem reinen Börseneinsatz beeinträchtigen die Chancen des Geschäftes, da die Kosten erst durch eine entsprechende Preisentwicklung zugunsten des Kunden im Markt zurückverdient werden müssen. Die hierzu erforderliche Kursentwicklung liegt über dem Rahmen der vom Börsenfachhandel als noch realistisch eingeschätzten Kursentwicklung. Dies gilt insbesondere bei Termingeschäften.

Der Anleger muss berücksichtigen, dass in dem Preis den die Börsenteilnehmer einem Anlageobjekt zubilligen, die Chancen berücksichtigt sind, die der professionelle Börsenhandel dem Anlageobjekt zubilligt. Der Börsenpreis kennzeichnet damit den Rahmen eines Risikobereiches, der vom Markt für das Anlageobjekt noch als vertretbar angesehen wird. Der Börsenpreis entspricht daher dem Wert der Gewinnchance, der dem Anlageobjekt noch zugebilligt wird. Bei Optionen kennzeichnet z. B. die Börsenprämie den Wert der Gewinnchance und den Rahmen des Risikobereiches, die der Option noch nach Auffassung der Börsenteilnehmer zuzubilligen sind.

Der Börsenfachhandel, dessen Einschätzungen die Preisbildung an den Börsen und Terminkontrakten bestimmt, berücksichtigt aber die Transaktionskosten für private Spekulanten nicht. In der Preisbildung an den Märkten spiegeln sich daher Chance und Risiken nur in einer für den Berufshandel noch vertretbaren Form wieder. Die Kosten werden bei dieser Einschätzung des Börsenfachhandels nicht berücksichtigt. Jegliche erhobenen Kosten verändern daher die bereits spekulative Einschätzung der professionellen Marktteilnehmer, wie sie sich im Börsenpreis widerspiegelt, einseitig zu Ungunsten des Spekulanten. Durch die Kosten verändern sich damit grundlegend die Einschätzung und die Grundlagen des Termingeschäftes. Es wird nämlich aufgrund der Kosten zur Gewinnerzielung ein weit höherer Kursausschlag erforderlich, als die bereits spekulativen Erwartungen des Börsenfachhandels dem Geschäft zubilligen.

Je höher die Transaktionskosten sind, um so geringer werden etwaige Gewinnchancen bis sie ganz verschwinden.

Bei wiederholter Spekulation ist auch bei einem anfänglich positiven Verlauf im Endeffekt davon auszugehen, dass ein Totalverlust eintritt. Selbst wenn also in den ersten Geschäften ein positives Ergebnis besteht, nimmt mit jedem weiteren Geschäft das Verlustrisiko für den Anleger zu. Insgesamt ist festzustellen, dass der weit überwiegende Teil der Anleger an diesen Märkten verliert.

III. 6.2. Besondere Risiken aufgrund hoher Kosten – Chancenlosigkeit der Geschäfte

Diese Risiken verschärfen sich noch erheblich, wenn ein besonders hoher Kostenanteil besteht. Von einem besonders hohen Kostenanteil kann man ausgehen, wenn Kosten anfallen, die mehr als 5% des Nettoeinsatzes ausmachen. Fallen erhöhte Kosten an, so führen diese allein praktisch zu einer Chancenlosigkeit des Geschäftes. Denn es ist vollkommen unwahrscheinlich, dass das zugrundeliegende Geschäft je eine Entwicklung durchführt wird, die erforderlich ist, um letztlich einen Gewinn zu erzielen. Die Auswirkungen von Kosten gelten hier dann mit besonderer Strenge. Es ist dann in jedem Fall im Ergebnis von einem Totalverlust auszugehen.

III. 6.3. Auswirkungen unserer Kosten

Wir erheben für unsere Tätigkeit eine Provision in Höhe eines absoluten Betrages, die für jeden Kontrakt einzeln anfällt. Ein Geschäft kann dabei mehrere Kontrakte umfassen, für die jeweils die Provision anfällt. Der Preis einer Option, die Prämie ist jedoch je nach den Gegebenheiten der jeweiligen Option unterschiedlich hoch. Im Verhältnis zu der Optionsprämie kann daher die von uns erhobene Provision mehr als 5% der reinen Optionsprämie ausmachen und daher als hoher Kostenanteil angesehen werden.

Bei anderen Termingeschäften, wie Futures oder verkauften Optionen kann dies bei den dort erforderlichen Nettoaufwendungen ebenfalls der Fall sein.

Die zu entrichtenden Transaktionskosten (z. B. Kommission/Courtage, Provisionen, Vergütungen etc.), können bei Optionen mit einer geringen Prämie (z. B. Optionen aus dem Geld und/oder kurzer Restlaufzeit) gegebenenfalls sogar größer sein als die zu zahlende Prämie.

Sie müssen daher die Kosten besonders berücksichtigen und bedenken, dass in einem solchen Fall allein wegen der Kosten die Geschäfte praktisch chancenlos wären.

III. 6.4. Erhöhung durch die Kosten anderer eingeschalteter Finanzdienstleister

Bitte bedenken Sie, dass wenn durch Sie weitere Finanzdienstleister eingeschaltet werden (z. B. kontenführendes Institut etc.) ggf. weitere Kosten entstehen. Diese weiteren Finanzdienstleister erheben eigene Kosten aufgrund einer Vereinbarung mit Ihnen. Diese zusätzlichen Kosten müssen ebenfalls erst verdient werden und erhöhen Ihr Risiko. Diese zusätzlichen Kosten führen dann noch zu verschärften Kostenrisiken und damit praktisch erst recht zur Chancenlosigkeit des Geschäftes. Bitte berücksichtigen Sie dies bei Ihrer Entscheidung.

III. 6.5. Erhöhung des Risikos bei Erstverlusten und Ausschluss einer Gewinnchance

Kommt es zu einem Erstverlust des Einsatzes, ist eine außerordentlich hohe Preisbewegung des Ausgangspreises eines Termingeschäftes notwendig, um nur den finanziellen Ausgangspunkt wieder zu erreichen. Es ist vollkommen ungewiss, ob solche Preisbewegungen während der Laufzeit dieser Geschäfte vorkommen.

Bei erneuten, weiteren Verlusten und bei Folgegeschäften erhöhen sich die zur Erlangung eines per Saldo positiven Ergebnisses erforderlichen Marktbewegungen zu einer Höhe potenzieren, die nicht nur ein positives Ergebnis am Ende der Spekulation ausschließt, sondern zwangsläufig zu endgültigen Verlusten führt. Bei Erstverlusten ist damit in der Regel von einem endgültigen Verlust auszugehen.

III. 6.6. Erhöhung des Risikos durch hohe Geschäftstätigkeit (Provisionschinderei)

Bei einer transaktionsabhängigen Vergütung besteht eine Interessenkollision zwischen Finanzdienstleister und Kunden, da der Finanzdienstleister mit jeder Transaktion verdient. Er hat damit ein Interesse, dass möglichst viele Transaktionen durchgeführt werden. Er kann daher versucht sein, allein im Vergütungsinteresse, ohne Rücksicht auf die Interessen des Kunden möglichst viele Transaktionen durchzuführen, auch wenn sie für den Kunden sinnlos sind.

Transaktionskosten können absolut im Verhältnis zum Markteinsatz zu hoch sein oder aber relativ aufgrund zu häufigen, wirtschaftlich sinnlosen Ein- und Ausstiegs in und aus den Geschäften (Provisionschinderei, "Churning"). Dies kann seine Ursache in einer einseitigen Information des Kunden unter Bevorzugung der Provisionsinteressen des Finanzdienstleisters, der einen Anteil an den Provisionen erhält, haben. Es kann aber auch sein, dass z. B. Verlustbegrenzungsmaßnahmen zu knapp gegenüber der zu erwartenden Schwankungsbreite der Preise für das Geschäft kalkuliert sind (z. B. Stop-Order). Dies kann zu einem hektischen Ein- und Aussteigen führen mit der Folge eines immer neuen Anfalls der Kosten, die dann das eingesetzte Kapital aufbrauchen, ohne dass erhebliche Verluste aufgrund von Marktveränderungen auftraten. Dieser Effekt ist verstärkt bei niedrigen Optionsprämien, da dann die Kosten im Verhältnis besonders hoch sind. Gewinnchancen sind in solchen Fällen ausgeschlossen, Verluste durch Transaktionskosten vorprogrammiert.

Dieses Risiko kann auch eintreten, wenn Sie bei Ihren Handelsentscheidungen immer den Vorschlägen und Ratschlägen eines Dritten, z. B. uns als den Sie betreuenden Finanzdienstleister, folgen. Sie sollten dieses Risiko bei der Durchführung ihrer Handelsentscheidung und der Berücksichtigung von Vorschlägen anderer berücksichtigen.

Bitte beachten Sie, dass diese Interessenkollision aufgrund der transaktionsabhängigen Vergütungen auch bei uns besteht.

III. 6.7. Risiko bei Rückvergütungen

Sofern der Finanzdienstleister Rückvergütungen von einem anderen Unternehmen erhält, besteht zunächst die Gefahr, dass er für den Kunden nicht die Anlage aussucht oder vermittelt, die wirtschaftlich für den Kunden die beste Anlage wäre, sondern eine Anlage, bei der er die höchsten Rückvergütungen erhält. Weiter besteht hier der Anreiz, sofern die Rückvergütungen vom Umfang der Geschäfte abhängig sind, dass der Finanzdienstleister Provisionschinderei vernimmt (s. o.).

III. 7. Unvermeidbarkeit der Risiken

Die Risiken bei Termingeschäften sind beträchtlich. Ein Gewinn ist absolut unwahrscheinlich und bei hohen Kosten praktisch ausgeschlossen. Wenn Sie trotzdem Termingeschäfte durchführen wollen, müssen Sie sich dies vorher vergegenwärtigen. Die geschilderten Risiken bestehen in jedem Fall und auch bei einer Durchführung der Geschäfte über uns. Diese Risiken lassen sich weder durch Beratung durch einen von Ihnen beauftragten Finanzdienstleister, noch durch irgendeine technische Ausrüstung oder durch Computerprogramme ausschließen. Sofern Ihnen jemand gegenteilige Angaben macht, ist dies nicht richtig.

IV. Risiken im Devisenhandel (FOREX)

IV. 1. Begriff

Bei dem Devisenhandel auch „FOREX“ Handel genannt, geht es um den Kauf und Verkauf von Währungen, dabei sollen Änderungen des Wechselkurses zwischen verschiedenen Währungen ausgenutzt werden. Der Begriff „FOREX“ ist eine Zusammensetzung aus den Abkürzungen für „foreign“ (for) und „exchange“ (ex) und bezeichnet den internationalen Devisenhandel. Es können hier sowohl Währungen verkauft als auch gekauft werden.

Devisengeschäfte können über uns zum einen im Wege von Termingeschäften durchgeführt werden, die sich auf Währungen beziehen. In diesem Falle bestehen die Risiken der Termingeschäfte wie oben beschrieben.

Banken und Finanzinstitute handeln aber auch rund um den Globus und rund um die Uhr die wichtigsten Währungen („Devisen-Interbankenhandel“). Die Vertragsgrößen über diese Währungen sind standardisiert. Die Liefertermine für diese Währungen liegen jedoch bei einem großen Teil dieser Geschäfte außerhalb der Kassavalutafrist von zwei Tagen. Diese Geschäfte können durch Gegengeschäfte glattgestellt werden, so dass es letztlich zu keiner Lieferung kommt, sondern nur die Differenz aus den Geschäften als Gewinn bzw. Verlust gebucht wird. Im Unterschied zu den Börsengeschäften gibt es keinen einheitlichen Börsenplatz und keine Clearingstelle, die das Bonitätsrisiko des Geschäftspartners ausschaltet. FOREX-Geschäfte sind wie alle Termingeschäfte im Regelfall kurzfristige Geschäfte. Diese Art von Forexhandel kann ebenfalls über kontenführende Institute durchgeführt werden und wird nachfolgend erläutert.

IV. 2. Terminologie, Funktion und Märkte des FOREX-Geschäftes

Die Kurse für die wichtigsten europäischen Währungen im Verhältnis zum USD werden mit vier Stellen hinter dem Komma notiert und gehandelt. Ein Zähler an dieser vierten Stelle hinter dem Komma ist ein Punkt auch „Pip“ genannt. Die Kursänderungen können somit in der Anzahl von Punkten ausgedrückt werden. Für die Währungen, die eine andere Größenordnung der Darstellung zeigen, gilt diese Aussage analog, ein Zähler der letzten Stelle ist für diese Währung ein Punkt (Pip).

Es gibt zwei Arten der Darstellung der Umrechnung: Zum einen wird eine bestimmte feststehende Maßeinheit (Ware) der aus Sicht der US ausländischen Währung in einer US Dollar Variablen (Preis) ausgedrückt. Dies ist die amerikanische Notierungsmethode. Aus der Sicht der Amerikaner ist die ausländische Währung die Menge und der USD der Preis. Umgekehrt ist dies z. B. in Deutschland. Dort ist der USD die Menge und die jeweilige andere Währung der Preis. Dies ist die europäische Notierungsmethode.

Dies lässt sich am Beispiel der Notierung von Euro/USD dokumentieren.

Amerikanische Notierung:
1 Euro (Ware) / 1,4522 USD (Preis)

Europäische Notierung:
1 USD (Ware) / 0,68860 Euro (Preis)

Für das britische Pfund gilt allerdings eine Ausnahme: In der europäischen Notierung wird neben dem Dollar auch das Pfund als feststehende Mengeneinheit genommen und im Verhältnis zum Dollar der Dollar als Variable geführt. In den USA wird die Dollar / Pfund Parität ebenfalls europäisch notiert.

Der Bankkunde weiß, dass die Bank fremde Währung zu einem Euro-Preis verkauft, der um einiges höher liegt als der Euro-Preis, zu dem sie z. B. den Rest nach Abschluss des Urlaubs wieder zurücknimmt. Dieser sogenannte Verkaufskurs von Devisen wird in der Fachsprache Briefkurs (Verkaufskurs oder „ask“) genannt. Der Ankaufskurs, also der Kurs zu dem die Bank Devisen kauft, wird auch Geldkurs (Kaufkurs oder „bid“) genannt. Die Differenz zwischen beiden ist die sogenannte Spanne oder „Spread“. Der Verkaufs- oder Briefkurs ist dort „ask“ (Der Verkäufer der Währung fragt (verlangt) einen Preis).

Der Devisenhandel ist Handel mit Fremdwährungen im Großen und nicht über den Bankschalter oder am Tresen zur Deckung kleinerer Bedürfnisse. Die Spanne zwischen Geld- und Briefkurs ist im Devisenhandel die Preisstellung. Sie kann von wenigen Punkten bis zu gelegentlich über 100 Punkten (also 1 Cent und mehr Differenz bei US-Dollar) reichen. Es ist Sache jedes Teilnehmers an diesem Markt, welche Spanne er im Markt stellen will. Bei kleinen Spannen ist die Chance, dass sich ein Partner findet, größer als bei großen Spannen. Denn der potentielle Partner wird immer einen billigeren Ankaufspreis und einen höheren Verkaufspreis vorziehen. Die Größe der Spanne hängt von der Verfassung des Marktes und der Wichtigkeit des Vertragspartners ab. Bei ruhigen Märkten, ohne sonderliche Kursbewegungen wird die Spanne um so größer, je schneller sich die Kurse bewegen. Denn der Marktteilnehmer lässt sich über die höhere Spanne sein Risiko bezahlen, in eine für ihn negative Kursbewegung hineingehandelt zu werden.

IV. 3. Besondere Risiken beim Forexhandel

Entwickelt sich der Kurs der Währung nicht in die von dem Kunden erwartete Richtung, muss er Verluste verzeichnen. Es kann hier dann auch zu einem Totalverlust kommen. Reicht die von ihm geleistete Sicherheitsleistung nicht aus, so kann ein Nachschuss gefordert werden, sofern dieser nicht erfolgt, kann die Position zwangsglattgestellt werden.

FOREX-Geschäfte haben eine begrenzte Laufzeit. Die vom Kunden erwartete Kursentwicklung muss innerhalb der begrenzten Laufzeit eintreten. Am Ende der Laufzeit wird das Geschäft zu den dann bestehenden Bedingungen abgerechnet.

Wenn sich ein Kunde an derartigen Geschäften beteiligt, muss er also damit rechnen, dass er beim Ankauf der Währung den höheren Preis der Spanne bezahlen muss und beim Wiederverkauf den niedrigeren Preis der dann geltenden Spanne erhält. Dies hat zur Folge, dass der Kunde beim Erwerb der Währung oder umgekehrt bei Veräußerung der Währung automatisch schon die Spanne verloren hat, die er erst im Markt zurückverdienen muss.

Es müssen damit nicht nur die Kosten erwirtschaftet werden, sondern auch der immer bestehenden Verlust aus der normalen Spanne zwischen Geld- und Briefkurs. Um hier zu einem Gewinn zu kommen, muss in der Laufzeit des FOREX-Geschäftes eine Kursveränderung der Währung erfolgen, die die Transaktionskosten und die normale Spanne zwischen Geld- und Briefkurs wieder erwirtschaftet.

Im Währungsmarkt sind hohe Währungsschwankungen häufig. Die Risiken von Devisengeschäften sind daher erheblich.

V. Risiken bei Aktien und börsennotierten Anlagen

V. 1. Wesen einer Aktie – Basisrisiko

Bei einer Aktie handelt es sich um ein s.g. Anteils- oder Teilhaberpapier. Sie verbrieft das Anteilsrecht, also das wirtschaftliche Miteigentum an einer Aktiengesellschaft. Der Inhaber bzw. der Eigentümer einer Aktie ist nicht Gläubiger des Unternehmens, sondern er ist an diesem mitgliedschaftlich beteiligt. Aus dieser Teilhaberschaft ergeben sich bestimmte Rechte aber auch Risiken, da der Wert der Aktie im Wesentlichen von der Entwicklung des Unternehmens abhängt. Bei Aktiengeschäften besteht grundsätzlich das Risiko des Totalverlustes.

V. 2. Allgemeine Risiken einer Beteiligung

Die Risiken des Unternehmens liegen in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung (Konjunktur) und der besonderen Situation des Unternehmens, das sich besser oder schlechter als andere Unternehmen im Markt behaupten kann. Diese Faktoren beeinflussen den Wert und damit den Wiederverkaufspreis der Aktie. Dieses Risiko kann sich bei sehr negativer allgemeiner oder unternehmensspezifischer Entwicklung bis zum Totalverlust des Aktienwertes durch Insolvenz des Unternehmens verwirklichen. Dieses Risiko kann nicht ausgeschlossen werden. Das Risiko einer unternehmerischen Beteiligung ist nie vorherzusagen. Es gibt keine Garantie für den Erfolg eines Unternehmens. Die Wertentwicklung der Aktie ist abhängig vom wirtschaftlichen Erfolg der Gesellschaft.

Bei Spezialwerten und Innovationswerten ist der Erfolg der Gesellschaft oft an einen bestimmten engen Tätigkeitsbereich oder bestimmte Personen (Schlüsselpersonen) gebunden und daher risikoreicher. Bei Aktien auf Unternehmen, die neue Technologien zum Gegenstand haben (z. B. Biotechnologie oder andere Innovationen) ist der Erfolg dieser Technologien kaum absehbar und von vielen Faktoren abhängig. Die Unternehmen verfügen oft auch nicht über eine entsprechende Unternehmensgeschichte und bisherigen Unternehmenserfolg. Diese Aktien unterliegen daher erheblichen zusätzlichen Risiken.

V. 3. Risiken der Rahmenbedingungen und der Marktpsychologie

Zu den Rahmenbedingungen, die auf einen Aktienwert erhebliche Einflüsse haben, gehören die Inflationsrate, die Festsetzung der Leitzinsen und andere volkswirtschaftliche Faktoren, die von den Börsen positiv oder negativ verarbeitet werden. Diese Faktoren können den Marktwert auch von Standardaktien erheblich beeinflussen. So können Aktienkurse auf breiter Front in zweistelligen Prozentbeträgen einbrechen, ohne dass sich an der Substanz oder der Ertragskraft des Unternehmens etwas geändert hätte. Einbrüche, auch bei Standardaktien, von 30 bis 40 % innerhalb relativ kurzer Zeit sind durchaus möglich. Diese Risiken bestehen in besonderem Maße bei Nebenwerten oder spekulativen Aktien (z. B. Spezialwerte, Rohstoffaktien).

V. 4. Länderrisiko und Risiken der Rechtswahrnehmung, Informationsrisiko

Erwirbt der Anleger ausländische Aktien oder unterhält er sein Wertpapierdepot im Ausland, so kann er Kapitaltransferbeschränkungen ausgesetzt sein, die es ihm für kürzere oder längere Zeiträume unmöglich machen, Dividenden oder den Verkaufserlös aus solchen Papieren aus dem betreffenden Land herauszutransferieren. Will der Anleger darüber hinaus seine Rechte gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen, bewegt er sich in einem ausländischen Rechtskreis und möglicherweise in einer fremden Sprache. Unter Umständen muss er ausländische Anwälte und Gerichte zu Hilfe nehmen. Dies ist mit zusätzlichen Kosten und Schwierigkeiten verbunden.

Ebenso ist es häufig für einen inländischen Anleger schwieriger, sich die Informationen über die Aktien aus dem Ausland zu beschaffen. Ankündigungen von Hauptversammlungen, Dividenden u. ä. werden für diese Aktien in inländischen Zeitungen meist nicht veröffentlicht.

Die Abwicklung von Wertpapiertransaktionen kann ebenfalls erheblichen Schwierigkeiten unterliegen und von zusätzlichen Kosten begleitet werden.

V. 5. Liquiditätsrisiko

Bei Aktien, die nicht an einer Börse oder einem anderen allgemein zugänglichen Sekundärmarkt (Wiederverkaufsmarkt) gehandelt werden, besteht das Risiko, dass der Anleger mangels eines Abnehmers nur unter erheblichen Abschlägen vom Wert oder überhaupt keinen Verkäufer findet. Dieses Risiko existiert häufig auch bei Nebenwerten oder Penny Stocks, auch wenn sie an einer Börse gehandelt werden. Der Kreis der Interessenten ist oft so klein, dass der Verkauf solcher Aktien nur unter schlechten Bedingungen möglich ist. Darüber hinaus sind solche Aktien, die nur einen engen Markt aufweisen, anfälliger für Preismanipulationen. Bei ausländischen Aktien muss der Anleger auch beachten, dass er über den Verkaufspreis der Aktie bei einer Veräußerung erst nach längeren Fristen oder nach einer Umschreibung verfügen kann. Manche Aktien sind sogar für eine bestimmte Zeit vom Handel ausgeschlossen.

V. 6. Besondere Risiken bei Spezialwerten

V. 6.1. Spezialwerte

Spezialwerte sind Aktien von Unternehmen, die sich auf ein oft enges Spezialgebiet spezialisiert haben (z. B. Biotechnologie und andere innovative Technologien) und nur in diesem Bereich tätig sind. Es handelt sich meist um junge Unternehmen, die keine gesicherte unternehmerische Grundlage in der Vergangenheit haben und sich im Aufbau befinden. Sie sind oft von der Entwicklung eines Produktes und dessen Erfolg in einem oft engen Markt abhängig. Es bestehen hier oft erhebliche unternehmerische Risiken und Fehlentwicklungen können sich entscheidend zu Lasten der Unternehmen auswirken. In der Regel bestehen keine Reserven, die erlauben eine negative unternehmerische Entwicklung oder unvorhergesehene Probleme zu überstehen. Es handelt sich hier in der Regel um spekulative Werte mit erhöhtem Risiko.

V. 6.2. Zulassungs- und Aufsichtsregeln für Spezialwerte

Spezialwerte sind oft nur an kleineren Börsen mit geringer Marktliquidität und verminderter Zulassungs- und Aufsichtsregeln notiert. Es handelt sich oft um Nebenwerte.

V. 7. Risiko aus Kosten bei Aktien – Kosten durch den Spread

Alle Arten von Kosten (u. a. Provisionen, Gebühren, Courtagen, Kapitalverkehrssteuern) verteuern den Preis für die erworbene Aktie oder Vermögensanlage. Sie schmälern damit die Gewinnchance und erhöhen umgekehrt das Verlustrisiko. Sie müssen sich bewusst machen, dass der Börsenpreis in der Regel die bereits spekulative Erwartungen des Börsenfachhandels an das Produkt widerspiegelt. Der Börsenfachhandel berücksichtigt keine Kosten. Jede Art von Kostenfaktoren verändert die Bewertung der Vermögensanlage, da sie zum einen deren Preis erhöht, aber darüber hinaus auch deren Wesen. Sofern keine sachgemäße Preisfeststellung erfolgt oder etwa wie bei nicht liquiden Märkten oder nicht börsennotierten Anlagen eine Preisfeststellung oft willkürlich ist, wird dieses Ungleichgewicht zulasten des Anlegers durch hohe Kosten noch verschärft. Eine Art des Kostenrisikos besteht auch in der Preisspanne, die erst durch eine positive Entwicklung des zukünftigen Aktienpreis, Rückkaufspreis verdient werden muss. Diese Spanne muss noch neben den weiteren Transaktionskosten verdient werden bevor sich die Anlage für den Anleger als positiv herausstellt.

Bitte vergegenwärtigen Sie sich daher die anfallenden Kosten und deren Auswirkungen auf Ihre Vermögensanlagen und beachten Sie zusätzlich den Abschnitt Kostenrisiken.

VI. Risiken bei Schuldverschreibungen – Verzinsliche Wertpapiere

VI. 1. Begriff

Verzinsliche Wertpapiere (auch Anleihen, Renten, Obligationen oder Bonds genannt) sind Schuldverschreibungen. Sie werden von einem Emittenten ausgegeben, der sie Anlegern zur Zeichnung anbietet. Sie sind mit einer Verzinsung (fest oder variabel), einer Laufzeit und einer Tilgungsabrede versehen. Der Inhaber der Schuldverschreibung (=Gläubiger) hat eine Forderung gegen den Emittenten (=Schuldner). Während der Laufzeit muss der Schuldner i. d. R. die vereinbarten Zinsen zahlen und am Ende den Nennwert der Schuldverschreibung. Einzelheiten der Schuldverschreibung werden in den jeweiligen Emissionsbedingungen geregelt. Schuldverschreibungen werden von den unterschiedlichsten Emittenten (Staaten, Städte, Banken, Industrieunternehmen etc.) zu den unterschiedlichsten Bedingungen ausgegeben.

VI. 2. Risiken – Emittentenrisiko

Verzinsliche Wertpapiere sind nicht mit risikolosen Anlagen gleichzusetzen. Sie unterliegen, sofern sie an einer Börse notiert werden ebenfalls einem Kursrisiko während ihrer Laufzeit. Es besteht auch das Risiko eines Totalverlustes und das Risiko, dass versprochene Zinsen nicht pünktlich oder überhaupt nicht bedient werden. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn der Emittent der Schuldverschreibung wirtschaftliche Schwierigkeiten hat oder zahlungsunfähig wird. Dies kann insbesondere bei Unternehmensanleihen (z. B. Fokker, Bond) erfolgen, aber auch bei staatlichen Anleihen (z. B. Argentinien). Die Bedienung einer Anleihe hängt damit wesentlich von der Solvenz des Emittenten ab (Emittentenrisiko).

Nicht alle Schuldverschreibungen sind handelbar. Der Anleger kann nur mit einer Verkaufsmöglichkeit rechnen, wenn sie an einem liquiden Markt notiert sind.

Bitte beachten Sie ergänzend die Risikohinweise zu Kosten und den allgemeinen Risiken von Vermögensanlagen.

VII. Risiken bei Investmentfonds und anderen Fonds

VII. 1. Grundsatz:

Investmentfonds sind keine risikolosen Anlagen und unterscheiden sich untereinander in erheblichen Maße. Der Anteilswert eines Investmentfonds kann je nach der Entwicklung der Anlagen des Fonds erhebliche Verluste erleiden. Ohne Kenntnis und dem Bewusstsein der bei dem konkreten Fonds bestehenden Risiken sollte der Anleger daher keine Vermögensanlagen durchführen.

Hinweis auf Fondsprospekt. Für jeden Fonds besteht ein eigener Fondsprospekt. Bitte lassen Sie sich in ihn übergeben und lesen sie ihn. Bitte beachten Sie die Risikohinweise in dem Fondsprospekt.

VII. 2. Struktur eines Investmentfonds

Bei einem Investmentfonds werden von einer Kapitalanlagegesellschaft Geldmittel vieler Anleger in einem sog. Sondervermögen gebündelt. Anteile an einem Investmentfonds (sog. Investmentanteilscheine oder Investmentzertifikate) verbriefen diesen Anteil. Die Kapitalanlagegesellschaft legt dann diese gebündelten Mittel der Anleger nach dem Prinzip der Risikomischung in verschiedenen Vermögenswerten (Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten, Immobilien, stille Beteiligungen, Termingeschäfte) an. „Investmentfonds“ (bzw. Sondervermögen) ist die Bezeichnung für die Gesamtheit der von Anlegern zur Verfügung gestellten eingezahlten Gelder und der hierfür angeschafften Vermögenswerte.

Das Anlagespektrum und Anlagevorgehen der einzelnen Investmentfonds kann dabei sehr unterschiedlich sein. Einzelne Fonds sind daher nur schwer vergleichbar und unterscheiden sich in den Einzelheiten oft erheblich. Der Anleger muss sich daher mit den Anlagezielen des Fonds vertraut machen. Über die konkrete Anlagepolitik eines einzelnen Fonds geben der jeweilige Verkaufsprospekt und die Vertragsbedingungen verbindliche Auskunft.

Mit dem Kauf eines Investmentfondsanteiles wird der Anleger Teilhaber am Fondsvermögen. Der Anteil des Anlegers am Vermögen des jeweiligen Investmentfonds bemisst sich nach der Höhe seiner Zahlung und der Anzahl der hierfür ihm zugeordneten Anteilscheine. Der Wert eines einzelnen Anteils richtet sich nach dem Wert des gesamten Fondsvermögens (dem so genannten Inventarwert), dividiert durch die Zahl der ausgegebenen Anteile.

Investmentfonds werden von inländischen und ausländischen Kapitalanlagegesellschaften oder Investmentfondsgesellschaften angeboten. Diese Gesellschaften unterliegen den Regelungen des Investmentgesetzes. Bei inländischen Fonds wird der Geschäftsbetrieb geregelt, bei ausländischen Fonds werden die Voraussetzungen geregelt unter denen sie in Deutschland vertrieben werden können. Bitte beachten Sie, dass es aber auch Kollektivanlagen gibt, die nicht unter das Investmentgesetz fallen.

Den Anleger können daher alle Risiken der Anlagen treffen, die für ihn indirekt durch den Fonds durchgeführt werden, da diese unmittelbare Auswirkungen auf den Wert des Fonds haben.

Es werden Anlagen im Rahmen der jeweiligen Ausrichtung des Fonds getroffen. Wenn der Anleger einen Fonds mit einer risikovolleren Anlagestrategie gewählt hat, können sich auch die bestehenden Risiken verwirklichen. Aber auch bei Fonds mit einer „konservativen“ Strategie bestehen die Risiken der einzelnen Anlagen. Oft ändern sich aber auch im Laufe der Zeit die Einstufung der Anlagestrategien von Fonds. So sind z. B. Immobilienfonds nicht mehr ohne weiteres als wertstabil einzustufen. Es kommt ferner auch in einzelnen Kategorien auf die konkrete Ausrichtung des einzelnen Fonds an. Bitte beachten Sie auch, dass verschiedene einzelne Risiken in einer Anlage zusammentreffen und sich verstärken können.

VII. 3. Spezielle Risiken von Anteilen an einem Investmentfonds

VII. 3.1. Teilnahme an den Risiken der Vermögensanlagen des Fonds

Dadurch, dass der Anleger die Anlagen in den Vermögensanlagen des Fonds nicht direkt durchführt, ist er mit ihnen zwar nicht direkt konfrontiert, doch sie treffen ihn auch indirekt in voller Härte. Der Anleger trifft damit je nach Anlageschwerpunkt des jeweiligen Fonds – ebenfalls das volle Risiko der in dem Fondsvermögen durchgeführten Vermögensanlagen.

Sofern der Fonds also in Aktien investiert („Aktienfonds“) treffen den Anleger die Risiken einer Aktienanlage (siehe V). Ein Fonds, der in verzinsliche Wertpapiere investiert (z. B. „Rentenfonds“), beinhaltet ebenfalls Verlustrisiken. Verzinsliche Wertpapiere beinhalten ebenfalls erhebliche Risiken (siehe IV). Festverzinsliche Wertpapiere sind nicht mit risikolosen Anlagen gleichzusetzen. Der Emittent der Wertpapiere kann zahlungsunfähig oder illiquide werden. Dies führt zum Ausfall von Zinszahlungen und im schlimmsten Fall auch zum Ausfall der Rückzahlung bei Endfälligkeit. Schwankungen im allgemeinen Zinsniveau und die Bewertung des Emittenten können den Kurswert der Wertpapiere erheblich negativ beeinflussen. Dies kann zu erheblichen Buchverlusten führen. Der Nennwert der Papiere kann erst bei Laufzeitende und Zahlungsfähigkeit des Emittenten realisiert werden. Ebenso sind Fonds, die in Immobilien investieren („Immobilienfonds“) mit Risiken versehen. Immobilien sind oft langfristige Anlagen, deren Wert und Ertrag stark von ihrem Umfeld abhängig ist. So können sich auch Immobilienwerte negativ verändern und die Wertschöpfung aus einer Immobilie (z. B. durch Vermietung) nicht wie erwartet möglich sein (z. B. durch mangelnde Vermietbarkeit). Immobilienanlagen unterliegen daher ebenfalls erheblichen Risiken.

VII. 3.2. Anlageentscheidungen durch das Fondsmanagement

Der Anleger trifft bei einer Fondsanlage seine Entscheidung zur Anlage durch die Auswahl eines bestimmten Investmentfonds. Einen Einfluss auf die Zusammensetzung des Fondsvermögens oder die konkreten Anlageentscheidungen in dem Fondsvermögen kann der Anleger nicht treffen. Die konkreten Anlageentscheidungen werden durch den oder die Vermögensverwalter des Fonds getroffen.

VII. 3.3. Wechsel im Fondsmanagement

Erfolgreiche Investmentfonds haben ihre Entwicklung im wesentlichen den jeweiligen Vermögensverwaltern zu verdanken. Hier gibt es sog. Schlüsselpersonen, die für den Erfolg von erheblicher Wichtigkeit sind. Anleger treffen ihre Entscheidung für einen Investmentfonds auch oft auf der Grundlage des Vermögensverwalters. Hier können sich jedoch im Fondsmanagement und bei den Vermögensverwaltern Änderungen ergeben, auf die der Anteilsinhaber keinerlei Einfluss hat. Positive Ergebnisse geben keine Rückschlüsse auf zukünftige Ergebnisse.

Ein Investmentfonds mag in der Vergangenheit gute Ergebnisse erzielt haben. Solche positiven sind jedoch nicht in die Zukunft übertragbar. Ein positives Ergebnis in der Vergangenheit bedeutet daher nicht, dass solche guten Ergebnisse auch in der Zukunft erzielt werden können. Auch bei bisherigen positiven Verlauf, kann nach der Zeichnung des Anlegers der Anteilswert fallen.

VII. 4. Risiko von fallenden Anteilspreisen

Die Anteilspreise von Investmentfonds können fallen. Sie unterliegen Wertschwankungen.

Dies liegt daran, dass sich Wertverluste in den Vermögensanlagen des Fonds direkt in der Bewertung des Anteilswertes niederschlagen. Anteilswerte von Fonds können daher erhebliche Wertverluste bis zum Totalverlust erleiden.

VII. 5. Allgemeines Marktrisiko trotz Risikomischung

Die Anlage des Fondsvermögens in verschiedenen Werten nach verschiedenen Gesichtspunkten unter dem Gesichtspunkt der Risikomischung kann ferner nicht verhindern, dass bei einer negativen Gesamtentwicklung an den Börsen an denen die Vermögenswerte des Fonds gehandelt werden sich in Rückgängen bei den Anteilspreisen niederschlägt.

VII. 6. Risiken durch besondere Anlageschwerpunkte

Investmentfonds, die sich auf bestimmte Anlageschwerpunkte spezialisiert haben und sog. Spezialitätenfonds beinhalten ein besonderes und höheres Risiko. Dies liegt vor allem darin, dass sie grundsätzlich ein stärker ausgeprägtes Ertrags- und Risikoprofil als Fonds mit breiter Streuung haben. Da die Vertragsbedingungen des Fonds engere Vorgaben bezüglich der Anlagemöglichkeiten enthalten, ist auch die Anlagepolitik des Managements gezielter auf diese Bereiche ausgerichtet und beschränkt. Dies bedeutet unter anderem ein höheres Maß an Risiko und Kursvolatilität.

Durch die Entscheidung für einen solchen Fonds mit einem Anlageschwerpunkt akzeptiert der Anleger von vornherein eine größere Schwankungsbreite des Anteilspreises und damit auch ein erheblich höheres Verlustrisiko.

Das Anlagerisiko steigt mit einer zunehmenden Spezialisierung des Fonds:

Regionale Fonds und Länderfonds etwa sind einem höheren Verlustrisiko ausgesetzt, weil sie sich von der Entwicklung eines bestimmten Marktes abhängig machen und auf eine größere Risikostreuung durch Nutzung von Märkten vieler Länder verzichten. Auf sie wirken sich regionale Gegebenheiten verstärkt aus.

Branchenfonds wie zum Beispiel Rohstoff-, Energie- und Technologiefonds beinhalten ein erhebliches Verlustrisiko, weil eine breite, branchenübergreifende Risikostreuung von vornherein ausgeschlossen wird. Branchenspezifische Entwicklungen schlagen sich verstärkt in diesen Fonds nieder.

Fonds mit Terminmarktelementen unterliegen den für Börsentermingeschäfte typischen erheblichen Verlustrisiken (vgl. hierzu den gesonderten Risikohinweis).

Bei Investmentfonds, die auch auf fremde Währung lautende Vermögensanlagen durchführen oder in einer Fremdwährung notieren, besteht ein Währungsrisiko.

VII. 7. Risiko der Aussetzung

Der Inhaber von Investmentanteilen kann grundsätzlich verlangen, dass bei Rückgabe der Anteile sein Anteil an dem Sondervermögen an ihn ausbezahlt wird. Die Rücknahme durch die Fondsgesellschaft erfolgt zu dem jeweils geltenden Rücknahmepreis, der dem Anteilswert entspricht. Die Vertragsbedingungen des Investmentfonds können aber vorsehen, dass die Kapitalanlagegesellschaft die Rücknahme der Anteilsscheine aussetzen darf, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen, die eine Aussetzung unter Berücksichtigung der Interessen der Anteilsinhaber erforderlich erscheinen lassen. In diesem Ausnahmefall besteht das Risiko, dass die Anteilsscheine an dem vom Anteilsinhaber gewünschten Tag nicht zurückgegeben werden können.

VII. 8. Risiko der Liquidierung des Fonds

Die Fondsgesellschaft kann beschließen, dass der Fonds abgewickelt wird und die Anteile an den Inhaber zu dem dann festgestellten Rückgabewert zurück gezahlt werden. Hierauf hat der Anleger keinen Einfluss. Der Fonds kann dabei zu einem Zeitpunkt liquidiert werden, der für den Anleger nachteilig ist. Ihm wird weiter die Möglichkeit genommen, eine spätere positive Entwicklung abzuwarten. Will er sich mit den ausbezahlten Geldmitteln an einem anderen Investmentfonds beteiligen, fallen dort in der Regel wieder die Zeichnungskosten an und er muss sich zu dem höheren Ausgabepreis beteiligen.

VII. 9. Risiko der Fehlinterpretation von Performanceangaben

Um den Anlageerfolg eines Investmentfonds zu messen, wird üblicherweise ein Performance-Konzept verwendet. Hierunter versteht man ein Konzept zur Beurteilung der Wertentwicklung einer Kapitalanlage, das bei Investmentfonds zur Beurteilung der Leistung des Anlagemanagements herangezogen wird. Ermittelt wird, wie viel aus einem Kapitalbetrag von 100 innerhalb eines bestimmten Zeitraums geworden ist. Dabei wird unterstellt, dass die Ausschüttungen zum Anteilswert des Ausschüttungstages wieder angelegt werden. Diese Vergleiche sind aber nur unter Beachtung wesentlicher Punkte aussagekräftig. Zunächst müssen die verglichenen Fonds hinsichtlich ihrer Anlagegrundsätze vergleichbar sein. Weiter müssen die Kosten und insbesondere der Ausgabeaufschlag vergleichbar sein. Durch höhere Kosten kann der Anleger trotz einer besseren Managementleistung

des Fonds effektiv eine geringere Rendite erzielen als bei einem schlechter gemanagten Fonds mit geringeren Kosten. Bei den Bewertungen von Fonds wird auch oft unterstellt, dass alle Erträge inklusive der darauf anfallenden Steuern zur Wiederanlage gelangen. Durch die individuell unterschiedliche Besteuerung einzelner Investmentfonds bzw. der daraus fließenden Einkünfte können Ihnen allerdings Fonds mit niedrigerer statistischer Wertentwicklung „unter dem Strich“ eine bessere Performance bieten als solche mit einer höheren Wertentwicklung.

Ein reines Abstellen auf Performanceergebnisse ist daher nur bedingt sinnvoll. Bei einer reinen Vergangenheitsbetrachtung besteht weiter die Gefahr, die Analyse der Börsensituation und der die Börsen bewegenden Faktoren zu übergehen. Daher sollten bei Anlageentscheidung für Investmentfonds immer die jeweilige Kapitalmarktsituation und die individuelle Risikoeinstellung des Anlegers berücksichtigt werden.

VII. 10. Besondere Risiken bei Fonds die Termingeschäfte durchführen (insbesondere sog. Hedgefonds)

Bei Fonds, die das Vermögen zu wesentlichen Teilen in Termingeschäften anlegen, können sich immer die erheblichen Risiken von Termingeschäften (Risiko des Totalverlust) verwirklichen (siehe unter III.). Hedgefonds führen oft hoch spekulative Geschäfte durch, die zum Teil zusätzlich durch Kredite finanziert werden. Sie sind daher ebenfalls mit dem Risiko des Totalverlustes und weitergehender Haftung verbunden.

VII. 11. Erhöhte Risiken bei Fonds, die nicht unter das Investmentgesetz oder vergleichbare Regelungen fallen (Offshore-Funds)

Bei Fonds und Kollektivanlagen, die nicht unter das deutsche Investmentgesetz oder vergleichbare Regelungen in der Europäischen Union fallen, wird nicht durch entsprechende Regelungen und Aufsichten sichergestellt, dass sie in ihren Regularien und ihrem Anlageverhalten, den deutschen Investmentfonds entsprechen. Fonds und Kollektivanlagen aus Drittstaaten, insbesondere aus sog. „Offshore-Ländern“ weisen in der Regel einen erheblich geringeren Grad an Regulierung und Beaufsichtigung auf. Der Anleger kann bei solchen Fonds nicht damit rechnen, dass er einen Schutz erhält, wie er bei einem vergleichbaren inländischen Fonds gewährleistet wäre. Der Anleger muss daher bei Investitionen in solche Fonds das Risiko eines erheblich geringeren Anlegerschutz in Kauf nehmen. Dies betrifft insbesondere auch den Schutz der Anlegergelder und die Solvenz des Anbieters. Es besteht damit in diesen Fällen oft auch ein weit erhöhtes Emittentenrisiko.

VII. 12. Risiken aus Kosten bei Fondsanlagen

Im Rahmen einer Fondsanlage können auf mehreren Ebenen Kosten anfallen, die sich zu einer erheblichen Belastung summieren können. Sie sollten sich daher immer vorab darüber informieren, welche Kosten im Rahmen der Anlage und des Erwerbes anfallen.

VII. 12.1. Ausgabeaufschlag, Vertriebskosten

Für den Erwerb der Fondsanteile fallen oft Kosten, insbesondere in der Form von sog. Ausgabeaufschlägen, aber auch in anderer Form an. Hierunter sind auch die Kosten für einen Vermittler zu fassen. Vermittler können weiterhin auch zusätzlich sog. Bestandsprovision erhalten, die das Ergebnis des Fonds ebenfalls als Kosten belasten.

VII. 12.2. Differenz zwischen Ausgabepreis und Rücknahmepreis

Fondsanteile werden zu einem Verkaufspreis und einem Rücknahmepreis notiert, die in der Regel unterschiedlich sind. Die Differenz wird als ein sog. „Spread“ oder Spanne bezeichnet. Normalerweise ist der Verkaufspreis, also der Preis zu dem der Anteil von dem Fonds angeboten wird, höher als der Rücknahmepreis, also der Preis zu dem der Fonds die Anteile bereit ist zurück zu erwerben. Dieser Spread verbleibt bei dem Fonds. Um überhaupt einen Gewinn zu erzielen, muss in jedem Fall dieser Spread verdient werden, indem der Rücknahmepreis über den von dem Anleger gezahlten Verkaufspreis steigt. Dies stellt eine zusätzlich Belastung dar.

VII. 12.3. Kosten aus der Durchführung des Fonds

Auf der Ebene des Fonds fallen zunächst die bei der Durchführung der Vermögensanlagen in dem Fonds anfallenden Kosten an. Die Fondsgesellschaft und das Management des Fonds, wie auch ein etwaiger eingeschalteter Vermögensverwalter, belasten die bei ihnen anfallenden Kosten und Vergütungen. Der Fonds wird insgesamt damit mit den Kosten für die interne Verwaltung belastet. Die Einzelheiten der Gebühren innerhalb des einzelnen Fonds werden in dem jeweiligen Fondsprospekt erläutert.

VII. 12.4. Interessenkollision bei transaktionsabhängiger Vergütung

Soweit der Vermögensverwalter in dem Fonds oder die Fondsgesellschaft abhängig vom Umsatz vergütet werden (z. B. Provisionen), haben diese ein Interesse daran, dass möglichst viele Geschäfte in dem Fonds getätigt werden, da sie dann immer eine Vergütung

erhalten, auch wenn dies nicht im besten Interesse des Kunden ist. Es besteht in diesem Fall eine Interessenkollision. Eine indirekte Interessenkollision kann auch darin bestehen, wenn die Geschäfte des Fonds immer über eine Bank oder einen Broker ausgeführt werden, der der gleichen Unternehmensgruppe der Fondsgesellschaft zugehörig ist.

VII. 12.5. Berücksichtigung der Gesamtkosten

Der Gesamtbetrag der anfallenden Kosten ergeben für den Anleger möglicherweise Gesamtkosten, die nicht oder nicht in dieser Höhe anfallen würden, wenn der Anleger die zu Grunde liegenden Wertpapiere oder Vermögensanlagen direkt erwerben würde. Die Höhe dieser Kosten ist nicht einheitlich. Sie variiert auch in ihrer Zusammensetzung von Fonds zu Fonds. Die Kosten haben erhebliche Auswirkung und der Anleger sollte sich diese bewusst machen. Insbesondere sind die Auswirkungen im Verhältnis zur Haltedauer von Bedeutung. Bei einer kurzen Haltedauer kann insbesondere der Erwerb von Fondsanteilen mit einem hohen Ausgabeaufschlag teurer sein, als der Erwerb von Fondsanteilen ohne Ausgabeaufschlag. Es sollten aber auch die laufenden Kosten berücksichtigt werden. Der Anleger sollte daher bei Erwerb eines Investmentfondsanteiles immer die Gesamtkosten feststellen.

Sämtliche Kosten müssen dabei immer zuerst durch eine entsprechende Entwicklung des Fondsvermögens verdient werden. Dabei ist zu beachten, dass die auf der Ebene der Fondsabwicklung entstehenden Kosten zu einer Reduzierung des Anteilswertes führen. Beachten Sie zusätzlich die allgemeinen Hinweise auf die Risiken aus Kosten.

VIII. Risiken aus Kosten

VIII. 3.1. Grundsatz

Alle Arten von Kosten (u. a. Provisionen, Gebühren, Courtagen, Kapitalverkehrssteuern) verteuern den Preis für die erworbene Vermögensanlage. Sie schmälern damit die Gewinnchance und erhöhen umgekehrt das Verlustrisiko. Sie müssen sich bewusst machen, dass der Börsenpreis in der Regel die bereits spekulative Erwartungen des Börsenfachhandels an das Produkt widerspiegelt. Der Börsenfachhandel berücksichtigt keine Kosten. Jede Art von Kostenfaktoren verändert die Bewertung der Vermögensanlage, da sie zum einen deren Preis erhöht, aber darüber hinaus auch deren Wesen.

Kosten müssen immer zuerst am Markt durch eine positive Entwicklung der Vermögensanlage verdient werden, bevor der Anleger einen Ertrag erzielen kann. Bei den einzelnen Anlageformen bestehen dabei besondere Kostenrisiken, die im dortigen Zusammenhang erläutert werden.

VIII. 3.2. Interessenkollisionen, besondere Risiken bei umsatzbezogenen Kosten und Gebührenrückvergütungen („Kick-Backs“)

Der Finanzdienstleister hat grundsätzlich immer ein geschäftliches Interesse an den Anlagen des Kunden seine Vergütungen zu verdienen.

Bei umsatzbezogenen Kosten verschärft sich die Kostenproblematik, da diese Kosten mit jeder Markthandlung anfallen und bei häufigen Geschäften zu einer erheblichen Kostenbelastung führen. Bei umsatzabhängigen Kosten besteht eine Interessenkollision zwischen dem Kunden und dem eingeschalteten Finanzdienstleister. Da dieser bei jeder Markthandlung verdient, hat er ein Interesse möglichst viele Markthandlungen durchzuführen, auch wenn diese wirtschaftlich sinnlos und nicht im Interesse des Kunden sind.

Gerade bei Gebührenrückvergütung für jedes getätigte Geschäft besteht diese Interessenkollision, die zu Geschäften nicht im Interesse des Kunden, sondern nur des Finanzdienstleisters führen kann. So können durch den Finanzdienstleister auch nur Werte vorgestellt werden, bei denen er direkt oder indirekt eine hohe Vergütung erhält, die aber nicht in dem besten wirtschaftlichen Interessen des Kunden liegen.

Bitte berücksichtigen Sie dies auch bei unserer Tätigkeit und unseren Vergütungen.

IX. Besondere Risiken aus den Vertragspartnern

IX. 1. Keine Risikominimierung durch behördliche Aufsicht

Die Aufsicht durch die BaFin führt nicht zu einem Ausschluss oder Reduzierung der Risiken aus den Geschäften und deren Durchführung. Diese bestehen weiterhin.

IX. 2. Risiko der Anwendung ausländischen Rechts und Auslandsbezug

Die Geschäfte werden aus Sicht des Kunden oft durch ein im Ausland sitzendes kontenführendes Institut oder unter Einschaltung eines ausländischen Finanzdienstleisters ausgeführt. Dies kann für Sie bedeuten, dass Sie Ansprüche nach einer für Sie fremden Rechtsordnung geltend machen müssen und möglicherweise Schutzvorschriften Ihres Heimatrechtes nicht eingreifen.

X. Risikohinweise

Bitte gehen Sie diese Risikohinweise durch und klären etwaige Fragen mit uns. Von diesen Risikohinweisen abweichende Erklärungen, die ein Risiko als geringer oder nicht gegeben darstellen, sind unzulässig.

Musterstadt,

(Ort, Datum)

(Unterschrift Kunde)

Widerrufsbelehrung

Widerrufsrecht:

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform, jedoch nicht vor Vertragsschluss und auch nicht vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Abs.1 und 2 EGBGB. Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an: Sensus Vermögensverwaltungen GmbH, Postfach 604, 95606 Marktredwitz, info@sensus-vermoegen.de

Widerrufsfolgen:

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beidseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen (z. B. Zinsen) herauszugeben. Können Sie uns die empfangenen Leistungen sowie Nutzungen (z. B. Gebrauchsvorteile) nicht oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren beziehungsweise herausgeben, müssen Sie uns insoweit ggf. Wertersatz leisten. Dies kann dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf gleichwohl erfüllen müssen. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen Sie innerhalb von 30 Tagen nach Absendung Ihrer Widerrufserklärung erfüllen.

Besondere Hinweise:

Ihr Widerrufsrecht erlischt vorzeitig, wenn der Vertrag von beiden Seiten auf Ihren ausdrücklichen Wunsch vollständig erfüllt ist, bevor Sie Ihr Widerrufsrecht ausgeübt haben.

Bei Widerruf dieses Fernabsatzvertrags über eine Finanzdienstleistung sind Sie auch an einen hinzugefügten Fernabsatzvertrag nicht mehr gebunden, wenn dieser Vertrag eine weitere Dienstleistung von uns oder eines Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem Dritten zum Gegenstand hat.

Musterstadt,

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Kunden)

Information über die Einrichtung zur Sicherung der Ansprüche von Anlegern (Sicherungseinrichtung)

Die Sensus Vermögensverwaltungen GmbH gehört der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), Postfach 04 03 47, 10062 Berlin an.

Die EdW ist eine durch das Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz vom 16. Juli 1998 geschaffene Einrichtung zur Sicherung der Ansprüche von Anlegern, die im öffentlichen Auftrag die Entschädigung von Anlegern nach dem genannten Gesetz vornimmt und Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften bis zu 90 % ihres Wertes, maximal jedoch jeweils 20.000,00 EURO pro Gläubiger schützt.

Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften in Sinne des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes sind die Verpflichtungen eines Instituts aus Wertpapiergeschäften, einem Kunden Besitz oder Eigentum an Geldern oder Finanzinstrumenten oder Rechten aus Finanzinstrumenten im Sinne des § 1 Abs. 11 des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) zu verschaffen. Zu den genannten Finanzinstrumenten gehören Wertpapiere wie Aktien, Zertifikate, die Aktien vertreten, Schuldverschreibungen, Genuss- und Optionsscheine, Derivate etc.

Der Entschädigungsanspruch richtet sich nach Höhe und Umfang der dem Gläubiger gegenüber bestehenden Verbindlichkeiten aus Wertpapiergeschäften unter Berücksichtigung etwaiger Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte des Instituts. Bei der Berechnung der Höhe des Entschädigungsanspruchs ist der Betrag der Gelder und der Marktwert der Finanzinstrumente bei Eintritt des Entschädigungsfalls zugrunde zu legen. **Der Entschädigungsanspruch besteht nicht, soweit Gelder nicht auf die Währung eines Staates des Europäischen Wirtschaftsraumes oder auf EURO lauten.** Der Entschädigungsanspruch umfasst im Rahmen der genannten Obergrenze auch die bis zu seiner Erfüllung entstandenen Zinsansprüche. Die Entschädigung wird in EURO geleistet.

Von der Sensus Vermögensverwaltungen GmbH ausgegebene Inhaber- und Orderschuldverschreibungen sowie Verbindlichkeiten aus eigenen Wechseln werden von der EdW nicht geschützt. Auch Ansprüche auf Schadensersatz aus Beratungsfehlern sind nicht abgedeckt.

Nicht geschützt sind Anleger wie beispielsweise Kreditinstitute und Finanzdienstleister, Versicherungsunternehmen, mittlere und große Kapitalgesellschaften sowie Unternehmen der öffentlichen Hand (vgl. hierzu gegebenenfalls § 3 des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes, abgedruckt im Bundesgesetzblatt Jahrgang 1998, Teil I, Seite 1842 ff.).

Auf Wunsch stellen wir weitere Informationen zur Verfügung.

Die vorstehenden Informationen habe ich vollständig zur Kenntnis genommen und bestätige dies durch meine nachfolgende Unterschrift.

Musterstadt,

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Kunden)

Informationen der Sensus Vermögensverwaltungen GmbH

(im Folgenden auch als „Sensus“ bezeichnet)

zum Fernabsatzvertrag und gemäß § 31 Abs. 3 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)

Information zum Vermögensverwaltungsvertrag für den Verbraucher zur Erfüllung der Informationspflichten nach § 312 c BGB in Verbindung mit Art 246 § 1 und 2 EGBG vor Abschluss eines Fernabsatzgeschäftes (Stand: Oktober 2011)

Diese Information gilt bis auf weiteres.

Sehr geehrte Kundin, sehr geehrter Kunde,

Präambel

Bevor Sie im Fernabsatz (per Internet, Telefon, E-Mail, Telefax oder Briefverkehr) mit uns Verträge abschließen, möchten wir Ihnen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (§ 312 c BGB in Verbindung mit Artikel 246 § 1 und 2 EGBG) einige allgemeine Informationen über uns und zum Vertragsschluss im Fernabsatz geben. Gleichzeitig stellen wir Ihnen die gemäß § 31 Abs. 3 WpHG (Wertpapierhandelsgesetz) erforderlichen Informationen zur Verfügung.

Ihre Sensus Vermögensverwaltungen GmbH

1. Übersicht

1.1 Name und Anschrift der Vermögensverwaltung

Name	Sensus Vermögensverwaltungen GmbH
Adresse	Bauerstraße 9
Ort, Postleitzahl, Land	95615 Marktredwitz, Deutschland
Telefonnummer	+49 (9231) 9526 0
Faxnummer	+49 (9231) 9526 26
E-mail	info@sensus-vermoegen.de
Internet	www.sensus-vermoegen.de
Geschäftszeiten	8 – 18 Uhr

1.2 Gesetzlich Vertretungsberechtigte der Vermögensverwaltung

Geschäftsführer: Gerhard Schaller

1.3 Name und Anschrift der Vertriebspartner

Sofern ein Vertriebspartner in Kooperation mit der Sensus Vermögensverwaltungen GmbH (im Folgenden auch Sensus genannt) tätig ist, erhalten Sie diesen gerne auf Wunsch mitgeteilt.

1.4 Vertraglich gebundene Vermittler

Die Sensus arbeitet in ihren Geschäftsbereichen mit vertraglich gebundenen Vermittlern zusammen. Diese sind in dem Register für vertraglich gebundene Vermittler bei der Aufsichtsbehörde (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) eingetragen.

1.5 Handels- und Ausführungsplätze

Die von Sensus genutzten Handels- und Ausführungsplätze können Sie unseren Ausführungsgrundsätzen entnehmen, die in den Vertragsunterlagen („Vermögensverwaltungsvertrag“) enthalten sind.

1.6 Erlaubnisse und Geschäftstätigkeiten

Die Sensus verfügt über die folgende Erlaubnisse:

- Abschlussvermittlung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 2 KWG)
- Anlageberatung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 1a KWG)
- Anlagevermittlung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 1 KWG)
- Anlageverwaltung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 11 KWG)
- Factoring (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 9 KWG)
- Finanzierungsleasing (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 10 KWG)
- Finanzportfolioverwaltung (§ 1 Abs. 1a Satz 2 Nr. 3 KWG).

Sie erbringt die Geschäftstätigkeiten der

- Finanzportfolioverwaltung
- Anlageverwaltung
- Anlageberatung
- Anlagevermittlung
- Abschlussvermittlung

1.7 Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) Internet: www.bafin.de
Registrierungsnummer der Sensus dort: 119 106

1.7.(a) Bereich Banken- & Versicherungsaufsicht

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

Adresse	Graurheindorfer Str. 108
Ort, Postleitzahl, Land	53117 Bonn, Deutschland
oder	
	Postfach 1308
Ort, Postleitzahl, Land	53003 Bonn, Deutschland
Telefonnummer	+49 (228) 41 08 0
Faxnummer	+49 (228) 41 08 15 50
E-mail	poststelle@bafin.de

1.7.(b) Bereich Wertpapieraufsicht/Asset-Management

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

Adresse	Lurgallee 12
Ort, Postleitzahl, Land	60439 Frankfurt, Deutschland
oder	
	Postfach 50 01 54
Ort, Postleitzahl, Land	60391 Frankfurt, Deutschland
Telefonnummer	+49 (228) 41 08 0
Faxnummer	+49 (228) 41 08 123
E-mail	poststelle-ffm@bafin.de

1.8 Eintragung der Hauptniederlassung im Handelsregister

Name	Handelsregister, AG Hof/S.
Adresse	Berliner Platz 1
Ort, Postleitzahl, Land	95030 Hof/S., Deutschland
Telefonnummer	+49 (9281) 600 0
Faxnummer	+49 (9281) 600 373
Handelsregisternummer	HRB 3820

1.9 Umsatzsteuer-Identifikationsnummer

DE241530449

1.10 Vertrags- und Kommunikationssprache

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis, die Kommunikation mit dem Kunden und die Auftragserteilung durch den Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist Deutsch.

1.11 Kommunikationsmittel

Die Vermögensverwaltung und der Kunde können grundsätzlich schriftlich, per Fax, per E-Mail sowie telefonisch miteinander kommunizieren.

Sofern die Vermögensverwaltung bei der Auftragserteilung über eines der genannten Kommunikationsmittel nicht erreichbar ist, ist der Kunde verpflichtet, auf ein anderes dieser Kommunikationsmittel auszuweichen.

1.12 Kundenkategorie

Die Sensus behandelt grundsätzlich alle Kunden bei der Erbringung Ihrer Geschäftstätigkeiten (siehe 1.6) als Privatkunden im Sinne des § 31a Wertpapierhandelsgesetz (WpHG), sofern nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist.

1.13 Information über Finanzdienstleistungen

Informationen über Finanzinstrumente stellt die Sensus ihren Kunden grundsätzlich mit dem Informationsblatt „Risikohinweise und wichtige Informationen über Verlustrisiken“ sowie den Kontoeröffnungsunterlagen der konten- bzw. depotführenden Institute zur Verfügung.

1.14 Benachrichtigung über erbrachte Dienstleistungen

Art, Häufigkeit und Zeitpunkt der Benachrichtigungen über erbrachte Dienstleistungen sind in den Vertragsunterlagen („Vermögensverwaltungsvertrag“) der Sensus bzw. den jeweiligen einzelvertraglichen Bedingungen aufgeführt und können zusätzlich beim Betreuungsteam erfragt werden.

1.15 Grundsätze zum Umgang mit Interessenkonflikten

Die Grundsätze zum Umgang mit Interessenkonflikten entnehmen Sie bitte den Vertragsunterlagen („Vermögensverwaltungsvertrag“) der Sensus bzw. den jeweiligen einzelvertraglichen Bedingungen und können zusätzlich beim Betreuungsteam erfragt werden. Die von Sensus genutzten Handels- und Ausführungsplätze können Sie ebenfalls unseren Vertragsunterlagen entnehmen.

1.16 Kosten und Nebenkosten

Die bei Sensus anfallenden Kosten und Nebenkosten entnehmen Sie bitte den Vertragsunterlagen („Vermögensverwaltungsvertrag“) der Sensus bzw. den jeweiligen einzelvertraglichen Bedingungen und können zusätzlich beim Betreuungsteam erfragt werden.

1.17 Rechtsordnung/Gerichtsstand

Gemäß den Vertragsbedingungen der Sensus Vermögensverwaltungen GmbH gilt für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und dem Finanzdienstleistungsinstitut deutsches Recht. Der Gerichtsstand ist Sitz der Sensus, soweit gesetzlich zulässig.

1.18 Außergerichtliche Streitschlichtung

Für die Beilegung von Streitigkeiten mit Sensus auf Grund einer Finanzdienstleistung besteht die Möglichkeit, die Schlichtungsstelle der Deutschen Bundesbank anzurufen. Näheres regelt das „Gesetz über Unterlassungsklagen bei Verbraucherrechts- und anderen Verstößen“ (UKlaG) in Verbindung mit der „Schlichtungsstellenverfahrensverordnung“ (SchlichtVerfVO), die auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden. Die Beschwerde ist schriftlich unter kurzer Schilderung des Sachverhaltes und Beifügung von Kopien der notwendigen Unterlagen (z. B. Schriftwechsel, Abrechnungen des Unternehmens, Kontoauszüge) an die Deutsche Bundesbank, Schlichtungsstelle, Postfach 11 12 32, 60047 Frankfurt zu richten.

1.19 Hinweis zur Angehörigkeit zu einer Entschädigungseinrichtung

Die Sensus gehört der Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW), Postfach 040347, 10062 Berlin, an. Genauere Informationen zur Einlagensicherung entnehmen Sie bitte den Hinweisen in den Vertragsunterlagen bzw. dem Informationsblatt „Information über Einlagensicherungs-/Anlegerentschädigungsgesetz (EdW)“.

1.20 Zusatzhinweise für die Finanzportfolioverwaltung

Die nach § 5 Absatz 2 Satz 2 Nr. 2 der Wertpapierdienstleistungs-Verhaltens- und Organisationsverordnung dem Kunden zur Verfügung zu stellenden Informationen über

- eine Bewertungs- oder andere Vergleichsmethode, die dem Privatkunden eine Bewertung der Leistung des Wertpapierdienstleistungsunternehmens ermöglicht,
- die Managementziele, das bei der Ausübung des Ermessens durch den Verwalter zu beachtende Risikoniveau und etwaige spezifische Einschränkungen dieses Ermessens,
- die Art und Weise sowie die Häufigkeit der Bewertung der Finanzinstrumente im Kundenportfolio,
- Einzelheiten über eine Delegation der Vermögensverwaltung mit Ermessensspielraum in Bezug auf alle oder einen Teil der Finanzinstrumente oder Gelder im Kundenportfolio,
- die Art der Finanzinstrumente, die in das Kundenportfolio aufgenommen werden können, und die Art der Geschäfte, die mit diesen Instrumenten ausgeführt werden können, einschließlich Angabe etwaiger Einschränkungen

entnehmen Sie bitte den Vertragsunterlagen („Vermögensverwaltungsvertrag“).

1.21 Zusammenlegung von Aufträgen

Die Zusammenlegung von Aufträgen für mehrere Kunden (und gegebenenfalls für Eigen-geschäfte der Sensus) kann für den einzelnen Auftrag eines jeweils betroffenen Kunden nachteilig sein.

1.22 Hinweis auf Prospekte

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass bei Wertpapieren, die öffentlich angeboten werden, der Prospekt beim Emittenten und in der Regel auf den Internetseiten des Emittenten verfügbar ist und eine Druckversion beim Emittenten angefordert werden kann.

1.23 Informationen zur Bankverbindung der Sensus

Raiffeisenbank Steinwald - Kemnather Land eG, Erbdorf
Konto-Nr.: 1885880 Bankleitzahl: 770 697 64
BIC (SWIFT)-Code: GENODEF1KEM

2. Informationen zu den Dienstleistungen der Sensus

2.1 Wesentliche Leistungsmerkmale und Vertragsschluss

Angebot einer Vermögensverwaltung durch die Sensus in (Finanz-) Termingeschäften oder Geschäften in anderen Finanzinstrumenten auf Konten und Depots des Kunden (Asset-Management). Hierzu schließt der Kunde entsprechende Verträge mit der Sensus Vermögensverwaltungen GmbH ab. Zur Durchführung empfiehlt die Sensus dem Kunden den Abschluss eines Konten- und Depotvertrages mit bestimmten Kreditinstituten.

Der Kunde gibt gegenüber der Sensus Vermögensverwaltungen GmbH ein ihm bindendes Angebot auf Abschluss der entsprechenden Verträge gemäß der vom Kunden gewünschten Dienstleistung(en) ab, indem er die erforderlichen vollständigen, ausgefüllten und unterschriebenen Vertragsunterlagen an die Sensus übermittelt und diese ihr zugehen. Mit Abschluss des Vermögensverwaltungsvertrages beauftragt der Kunde die Sensus mit der Verwaltung von Vermögenswerten. Der Vertragsbeginn erfolgt mit Unterzeichnung der Vertragsunterlagen und die Annahme durch die Sensus. Die Annahme durch die Sensus kann aber muss nicht ausdrücklich erfolgen, sondern kann auch durch Beginn der Tätigkeit erfolgen.

Für den Fall der Eröffnung eines Kontos und Depots bei einem empfohlenen Kreditinstitut unterstützt Sensus den Kunden und leitet die Konto- und Depotöffnungunterlagen an das betreffende Institut weiter.

2.2 Hinweis auf Risiken und Preisschwankungen von Finanzinstrumenten

Geschäfte in Finanzinstrumenten sind wegen ihrer spezifischen Merkmale oder der durchzuführenden Vorgänge mit speziellen Risiken behaftet. Insbesondere sind folgende Risiken zu nennen:

- Kursänderungsrisiko / Risiko rückläufiger oder steigender Preise der gehandelten Finanzinstrumente
- Bonitätsrisiko (Ausfallrisiko bzw. Insolvenzrisiko) eines Emittenten
- Möglicher Totalverlust der Investition des Kunden einschl. Transaktionskosten
- Hebelwirkung / Leverage-Effekt
- Wechselkursrisiko durch Wechselkursschwankungen
- etwaige Nachschusspflichten, die über das vom Kunden investierte Kapital hinausgehen

Weitere Informationen zu Risiken befinden sich in den Vertragsunterlagen der Sensus („Vermögensverwaltungsvertrag“), dem Informationsblatt „Risikohinweise und wichtige Informationen über Verlustrisiken“ sowie in den Kontoeröffnungsunterlagen der konten-/depotführenden Kreditinstitute.

Der Preis eines Finanzinstrumentes unterliegt Schwankungen auf dem Finanzmarkt, auf die die Sensus keinen Einfluss hat. Deshalb kann ein Geschäft in Finanzinstrumenten nicht widerrufen werden.

In der Vergangenheit erwirtschaftete Erträge (z. B. Zinsen, Dividenden) und erzielte Wertsteigerungen sind kein Indikator für künftige Erträge oder Wertsteigerungen.

Der Kunde sollte Wertpapiergeschäfte oder Geschäfte in Finanzinstrumenten nur dann tätigen, wenn er über ausreichende Erfahrungen oder Kenntnisse im Bereich der Wertpapieranlage verfügt. Zu den (weiteren) Risiken verweisen wir auf die von der Sensus bereitgestellten Risikoinformationen.

2.3 Preise

Die aktuellen Preise und Entgelte für die Portfolioverwaltung oder sonstige Dienstleistungen ergeben sich aus den Vertragsunterlagen bzw. den einzelvertraglichen Vereinbarungen.

2.4 Hinweise auf vom Kunden zu zahlende Steuern und Kosten

Einkünfte aus Geschäften in Finanzinstrumenten sind in der Regel steuerpflichtig. Abhängig vom jeweils geltenden Steuerrecht (In- oder Ausland) können bei der Auszahlung von Erträgen oder Veräußerungserlösen Kapitalertrags- und / oder sonstige Steuern anfallen (z. B. Withholding Tax nach US-amerikanischem Steuerrecht), die durch die in die Vertragsabwicklung eingeschalteten konten-/depotführenden Kreditinstitute an die jeweilige Steuerbehörde abgeführt werden und daher den an den Kunden zu zahlenden Betrag mindern. Bei Fragen sollte sich der Kunde an die für ihn zuständige Steuerbehörde bzw. seinen steuerlichen Berater wenden. Dies gilt insbesondere, wenn er im Ausland steuerpflichtig ist. Sämtliche Kosten, die von Sensus nicht abgeführt oder in Rechnung gestellt werden (z. B. für Ferngespräche, Porti) hat der Kunde selbst zu tragen.

2.5 Zusätzliche Telekommunikationskosten

Keine

2.6 Zahlung und Erfüllung des Vertrages

2.6.(a) Beginn der Ausführung des jeweiligen Vertrages

Die Sensus beginnt mit der Erfüllung gemäß der vom Kunden gewünschten Dienstleistung(en) erst nach Eingang sämtlicher erforderlichen vollständigen und vom Kunden ausgefüllten und unterschriebenen Vertrags- und Kontoeröffnungsunterlagen sowie nach erfolgter Einzahlung des Anlagekapitals beim konten-/depotführenden Kreditinstitut.

Die Sensus oder andere eingeschaltete Finanzdienstleister, insbesondere gebundene Vermittler der Sensus, sind nicht zur Entgegennahme von Zahlungen durch den Kunden berechtigt. Zahlungen für ein Kundenkonto sind durch den Kunden direkt an das konten-/depotführende Kreditinstitut zu leisten.

2.6.(b) Zahlung der Entgelte durch den Kunden

Die jeweiligen Konten des Kunden werden mit den anfallenden Entgelten gemäß den vertraglichen Vereinbarungen im Rahmen der Finanzportfolioverwaltung belastet.

2.7 Vertragliche Kündigungs-/Verfügungsregeln

Jede Vertragspartei kann das Vertragsverhältnis jederzeit mit sofortiger Wirkung durch eingeschriebenen Brief kündigen. Bei mehreren Auftraggebern steht das Kündigungsrecht jedem einzelnen mit Wirkung gegen alle zu.

Die Kündigungserklärung ist zu senden an die:

Name	Sensus Vermögensverwaltungen GmbH
Adresse	Bauerstraße 9
Ort, PLZ, Land	95615 Marktredwitz, Deutschland
Telefon	+49 (9231) 9526 0
Faxnummer	+49 (9231) 9526 26
E-mail	info@sensus-vermoegen.de
Internet	www.sensus-vermoegen.de

Das Recht auf Kündigung aus wichtigem Grund (§ 314 BGB) bleibt hiervon unberührt.

2.8 Laufzeit der Verträge

Die zwischen der Sensus Vermögensverwaltungen GmbH und den Kunden geschlossenen Verträge laufen auf unbestimmte Zeit. Es gibt keine Mindestlaufzeit.

3. Widerrufsbelehrung

Sie können Ihre Vertragserklärung innerhalb von 14 Tagen ohne Angabe von Gründen in Textform (z. B. Brief, Fax, E-Mail) widerrufen. Die Frist beginnt nach Erhalt dieser Belehrung in Textform, jedoch nicht,

- bevor Ihnen auch eine Vertragsurkunde, Ihr schriftlicher Antrag oder eine Abschrift der Vertragsurkunde oder des Antrags zur Verfügung gestellt worden ist,
- vor Vertragsschluss und auch nicht
- vor Erfüllung unserer Informationspflichten gemäß Artikel 246 § 2 in Verbindung mit § 1 Absatz 1 und 2 EGBGB.

Zur Wahrung der Widerrufsfrist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Der Widerruf ist zu richten an die:

Name	Sensus Vermögensverwaltungen GmbH
Adresse	Bauerstraße 9
Ort, Postleitzahl, Land	95615 Marktredwitz, Deutschland
Telefon	+49 (9231) 9526 0
Faxnummer	+49 (9231) 9526 26
E-mail	info@sensus-vermoegen.de
Internet	www.sensus-vermoegen.de

3.1 Widerrufsfolgen

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen herauszugeben. Können Sie uns die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht zurückgewähren, müssen Sie uns insoweit ggf. Wertersatz leisten. Dies kann dazu führen, dass Sie die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf gleichwohl erfüllen müssen.

Diese Verpflichtung zum Wertersatz können Sie vermeiden, wenn Sie die Leistung vor Ablauf der Widerrufsfrist nicht in Anspruch nehmen.

3.2 Besondere Hinweise

Bei Widerruf dieses Fernabsatzvertrages über eine Finanzdienstleistung sind Sie auch an einen hinzugefügten Fernabsatzvertrag nicht mehr gebunden, wenn dieser Vertrag eine weitere Dienstleistung von uns oder eines Dritten auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen uns und dem Dritten zum Gegenstand hat.

Ende der Widerrufsbelehrung

Ausschluss des Widerrufsrechts

Nach BGB §312d Absatz 4 Nr. 6 besteht das Widerrufsrecht nicht bei Fernabsatzverträgen über Finanzdienstleistungen, die die Erbringung von Finanzdienstleistungen zum Gegenstand haben, deren Preis auf dem Finanzmarkt Schwankungen unterliegt, auf die der Unternehmer keinen Einfluss hat und die innerhalb der Widerrufsfrist auftreten können, insbesondere Dienstleistungen im Zusammenhang mit Aktien, Anteilsscheinen, die von einer Kapitalanlagegesellschaft oder einer ausländischen Investmentgesellschaft ausgegeben werden und anderen handelbaren Wertpapieren, Devisen, Derivaten oder Geldmarktinstrumenten. Für einzelne Geschäfte auf Grund des Vermögensverwaltungsvertrages, durch die der Kunde derartige Finanzinstrumente erwirbt oder veräußert, hat der Kunde kein Widerrufsrecht.

Ausschluss der Wertersatzpflicht

Abweichend von § 357 Absatz 1 BGB haben Sie Wertersatz für die erbrachte Dienstleistung nach den Vorschriften über den gesetzlichen Rücktritt nur zu leisten,

1. wenn Sie vor Abgabe seiner Vertragserklärung auf diese Rechtsfolge hingewiesen worden ist und
2. wenn Sie ausdrücklich zugestimmt haben, dass die Sensus vor Ende der Widerrufsfrist mit der Ausführung der Dienstleistung beginnt.

Bestätigung über den Erhalt von Unterlagen:

Der Auftraggeber bestätigt folgende Unterlagen erhalten zu haben:

1. Kundenfragebogen
2. Vermögensverwaltungsvertrag inkl. Anlagerichtlinien (Anlage 1)
3. Risikohinweise und wichtige Informationen über Verlustrisiken
4. Widerrufsbelehrung
5. Information über Einlagensicherungs-/Anlegerentschädigungsgesetz (EdW)
6. Informationen der Sensus im Rahmen des Fernabsatzes
7. _____

Musterstadt,

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Kunden)